

20. Sitzung (Sondersitzung)

am Freitag, dem 22. Januar 2021

Inhalt

**Regierungserklärung des Senats zum
Thema: „Bekämpfung der Coronavirus-
SARS-CoV-2-Pandemie“**

Dazu

**Änderungsantrag zur „Fünften
Verordnung zur Änderung der
Dreiundzwanzigsten Verordnung zum
Schutz vor Neuinfektionen mit dem
Coronavirus SARS-CoV-2“
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 22. Januar 2021
(Drucksache 20/786)**

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.....	2534
Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU).....	2540
Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD).....	2545
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	2550
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE)	2553
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP)	2556
Abgeordneter Jan Timke (BIW).....	2560
Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD).....	2561
Abgeordneter Peter Beck (AfD).....	2562
Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU).....	2563

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP).....	2565
Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD)	2565
Abgeordneter Rainer Bensch (CDU).....	2567
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte	2567
Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP).....	2569
Abstimmung	2570

**Coronapandemie konsequenter
bekämpfen, Kontakte verringern,
Gesundheitswesen stärken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Januar 2021
(Drucksache 20/782)**

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD)	2571
Abstimmung	2572

**Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass
von Coronaverordnungen – Dritte und
Vierte Änderung der 23.**

**Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. Januar 2021
(Drucksache 20/784)**

	2573
--	-------------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Uwe Felgenträger, Frank Magnitz, Maurice Müller,
Thorsten Raschen, Klaus-Rainer Rupp.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 20. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkt 3.

Zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 ist vereinbart worden, dass sie ohne Debatte behandelt und diese beiden Debattenpunkte in die Debatte über die Erklärung des Senats einfließen werden.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F., Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Regierungserklärung des Senats zum Thema:
„Bekämpfung der Coronavirus-SARS-CoV-2-Pandemie“**

Dazu

Änderungsantrag zur „Fünften Verordnung zur Änderung der Dreiundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2“

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 22. Januar 2021
(Drucksache [20/786](#))**

Der Senat hat mit Schreiben vom 20. Januar 2021 gemäß § 50 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die

Absicht mitgeteilt, eine Regierungserklärung abzugeben.

Er hat uns hierzu auch den Entwurf der Fünften Änderungsverordnung der 23. Coronaverordnung sowie die Begründung dazu übersandt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte das Wort.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, erlauben Sie mir, dass ich zunächst, bevor ich auf die Ministerpräsidentenkonferenz vom vergangenen Dienstag und auf die gestrigen Beschlüsse des Senats zu sprechen komme, mit einigen Worten auf die aktuelle Corona-Entwicklung im Land Bremen eingehe.

Das Infektionsgeschehen hat sich hier in den vergangenen zehn Wochen deutlich verlangsamt. Ja, wir sind – wie alle Bundesländer – längst noch nicht da, wo wir hinwollen, und natürlich dürfen die verbesserten Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor viel zu viele Menschen gibt, die schwer erkranken und an Corona versterben. Aber: Wir haben uns vom Bundesland mit der höchsten schrittweise zum Bundesland mit der derzeit niedrigsten Inzidenz vorgearbeitet. Aktuell liegt die 7-Tage-Inzidenz bei 77 in der Stadtgemeinde Bremen und bei 83 in Bremerhaven.

Das ist nicht nur statistisch im Ländervergleich ein ordentlicher Wert, sondern – viel wichtiger – ein Wert, der auch die Pandemiebekämpfung wieder einfacher macht, denn bei den derzeitigen Infektionszahlen ist das personell verstärkte und digitalisierte Bremer Gesundheitsamt wieder in der Lage, die Infektionsketten vollständig nachzuverfolgen. Das, meine Damen und Herren, ist eine richtig gute Nachricht, denn die lückenlose Nachverfolgung ist nach einhelliger Auffassung eine der zentralen Säulen im Kampf gegen die Pandemie und kann deshalb gar nicht hoch genug geschätzt werden. Also, eine richtig gute Nachricht, dass wir die Infektionen wieder lückenlos nachverfolgen können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es gebietet die Ehrlichkeit und die Transparenz, zu erwähnen, dass das Bremerhavener Gesundheitsamt die gesamte Zeit über immer in der Lage war, die Infektionsketten vollständig nachzuverfolgen, auch weil die Infektionszahlen in der Seestadt im Regelfall deutlich unterhalb der Zahlen in der Stadtgemeinde Bremen lagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Mein besonderer Dank gilt daher allen Beschäftigten in den Gesundheitsämtern in Bremen und Bremerhaven, die in den vergangenen Monaten ganz hervorragende Arbeit geleistet haben, oft auch außerhalb der üblichen Arbeitszeiten an Wochenenden und an Feiertagen. Ich freue mich sehr über diesen Einsatz. Ganz herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Meine Damen und Herren von der CDU, vor einigen Wochen haben Sie bei der Beantragung einer Aktuellen Stunde zur Coronalage behauptet, dass sich in den Infektionszahlen eines Bundeslandes die Qualität seiner Regierung widerspiegele. Im Bundesvergleich höhere Zahlen, so Ihre damalige Argumentation, seien in erster Linie auf schlechtes und niedrigere Zahlen seien in erster Linie auf gutes Verwaltungshandeln zurückzuführen.

Sie haben in dem Antrag den Eindruck erweckt, dass die Qualität einer Landesregierung, da die rechtlichen Bedingungen im Bundesgebiet im Wesentlichen gleich waren, in Corona-Angelegenheiten davon abhängt, wie hoch die Inzidenzzahl sei: Hohe Inzidenzzahl – schlechte Landesregierung, niedrige Inzidenzzahl – gute Landesregierung. Meine Damen und Herren von der CDU, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie uns diese These heute noch einmal mit gleicher Inbrunst vortragen werden. Ich persönlich habe ja schon damals im Parlament gesagt, dass ich nichts von ihr halte. Ich fand sie schon damals falsch und ich habe meine Meinung nicht geändert.

Als ich Anfang der Woche in einem Fernsehinterview gefragt wurde, was wir denn in Bremen besser machen als in anderen Ländern, da habe ich mit voller Überzeugung vertreten, dass wir gut beraten sind, uns zurückzuhalten und ein bisschen Demut zu zeigen, denn, meine Damen und Herren, es gibt so viele Rahmenbedingungen, die dafür verantwortlich sind, ob die Inzidenzzahlen steigen oder ob sie sinken, da darf man sich nicht, wenn man gerade einmal bessere Zahlen hat, zu sehr auf die eigene Schulter klopfen.

Natürlich sind strikte staatliche Regelungen und strikte staatliche Kontrollen unverzichtbar im Kampf gegen die Pandemie, keine Frage, aber am Ende hängt doch alles ganz wesentlich von der Einsicht und dem Handeln der Menschen ab.

Deshalb möchte ich mich hier noch einmal im Namen des gesamten Senats bei den Menschen in

Bremen und Bremerhaven bedanken, die sich in den allermeisten Fällen ganz vorbildlich an die Anti-Corona-Regeln halten, obwohl sie ihr Leben nun schon seit Wochen und Monaten ganz erheblich einschränken müssen. Sie sind der wesentliche Grund dafür, dass unsere beiden Städte derzeit in der Pandemie vergleichsweise gut dastehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Meine Damen und Herren, trotzdem – und das bedauere ich ausdrücklich – gab es zu den Beschlüssen vom vergangenen Dienstag, die die harten Beschränkungen verlängern, keine Alternative.

Denn die Zahlen sind – ich sagte es eingangs schon – trotz der erfreulichen Entwicklung der vergangenen Wochen in Bremen und Bremerhaven immer noch deutlich vom Schwellenwert einer 7-Tage-Inzidenz von 50 entfernt. Vor allem aber sind sie auch bundesweit noch deutlich zu hoch. Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt: Den Kampf gegen die Pandemie können wir in Deutschland nur gemeinsam gewinnen, indem wir gemeinsam handeln, weil das Virus keine Grenzen kennt und weil die Menschen es auch nicht verstehen würden, wenn nicht überall in Deutschland zumindest im Grundsatz die gleichen Regeln gelten. Wir müssen in Deutschland gemeinsam vorgehen und nicht jeder für sich.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, es gibt durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, es gilt nicht überall exakt das Gleiche. Weil – das ist die sachlogische Begründung – das Infektionsgeschehen regional sehr unterschiedlich ist, gibt es natürlich auch einige regionalspezifische Regelungen, aber in 90 oder 95 Prozent der Fälle stehen wir doch ganz dicht beieinander, machen wir alle genau dasselbe. Das – ich wiederhole es noch einmal – ist genau richtig so, auch aus Bremer Sicht. Auch für uns ist Bundes-treue aus Sicht des Senats Staatsräson.

Es sind aber nicht nur, meine Damen und Herren, die allgemeinen Infektionszahlen, die immer noch zu hoch sind, auf die ich verwiesen habe, in Bremen und im Bundesgebiet. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben uns in den vergangenen Tagen immer wieder eindringlich vor den Gefahren gewarnt, die von bestimmten Mutationen des Virus ausgehen können, insbesondere von der Mutation B.1.1.7.

Es gibt zumindest die Sorge, dass sich diese Mutation noch leichter von Mensch zu Mensch und mit einer noch höheren Viruslast überträgt, dass sie sich also noch schneller verbreitet. Bislang gibt es

nur eine begrenzte Datenlage und noch keine belastbaren Hinweise auf schwerere Krankheitsverläufe oder eine geringere Wirksamkeit der Impfstoffe. Auch die Frage, ob bestimmte Altersgruppen das Virus leichter übertragen, lässt sich noch nicht eindeutig beantworten. Die Studienergebnisse und Bewertungen der Wissenschaft widersprechen sich da derzeit noch.

Angesichts der besorgniserregenden Infektionsdynamik in anderen europäischen und nichteuropäischen Ländern ist es aber sehr ratsam, sich derzeit vom Prinzip der Vorsicht leiten zu lassen und Risiken zu begrenzen, solange wir noch nicht genau wissen, wie die Eigenschaften der neuen Mutationen sind.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Deshalb ist klar, wir wollen möglichst schnell das Ziel einer 7-Tage-Inzidenz von unter 50 erreichen, um im Falle einer Verbreitung der Mutation oder neuer Infektionsdynamiken in Bremen besser vorbereitet zu sein. Um das an dieser Stelle noch einmal zu sagen: Ausschließen für die Zukunft lässt sich das natürlich überhaupt nicht. In dieser Pandemie lässt sich leider nichts ausschließen.

Deshalb ist es so wichtig, die Situation immer genau zu beobachten, jeden Tag neu zu bewerten und dann erforderlichenfalls notwendige Schlüsse daraus zu ziehen. Wenn das dazu führt – meine Damen und Herren, lassen Sie mich das noch einmal vorweg sagen –, dass man Entscheidungen ändern muss, dass man sie dann manchmal wieder zurückholt und in vier Wochen, wenn die Lage eine andere ist, noch einmal ändern muss, dann hat das nichts mit Unentschiedenheit zu tun, mit hinein in die Kartoffeln, hinaus aus den Kartoffeln, sondern dann hat das etwas mit dem gebotenen sachgerechten Handeln zu tun, sich die Sachlage anzuschauen und bei Veränderungen der Sachlage schnell und konsequent darauf zu reagieren. Das ist nicht widersprüchlich, sondern ein solches Handeln ist sachgerecht und in jedem Fall geboten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, angesichts der geschilderten Sachlage ist es, wie schon gesagt, richtig, die Mitte Dezember und Anfang Januar bereits beschlossenen harten und einschneidenden Maßnahmen gegen das Virus bis zum 14. Februar bundesweit fortzusetzen.

Die meisten Geschäfte bleiben geschlossen, ebenso wie Theater, Konzerthäuser, Museen, Kinos, Gaststätten und Restaurants, Baumärkte, Frisöre und andere körpernahe Dienstleistungen, Veranstal-

tungszentren, Autohäuser und vieles mehr. Wir haben uns in der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin diese Entscheidung wie auch bei den Konferenzen zuvor überhaupt nicht leicht gemacht. Deshalb übrigens diskutieren wir auch immer so lange. Nicht weil es parteipolitischen Streit gibt, sondern weil es ganz schwierige Fragen gibt, die zu verhandeln sind, weil die Entscheidungen tief in die Grundrechte und das Leben der Menschen eingreifen. Deshalb wird so intensiv darum gerungen, was die richtige Lösung ist und was die richtige Abwägung ist.

Wer sagt, das darf alles nicht sein, da muss es eine klare Führung geben, klare Entscheidungen, nein, ganz im Gegenteil: Diese schwierigen Existenzfragen müssen auch in einer offenen und intensiven Diskussion verhandelt werden. Denn wir sind uns im Klaren darüber, dass die Fortsetzung des Lockdowns vielen Menschen richtig große Sorgen macht, auch existenzielle Sorgen. Wir wissen, dass auch die gleichzeitig beschlossenen Hilfen in Milliardenhöhe diese Sorgen und Nöte allenfalls lindern, aber nicht beseitigen können. Deshalb haben die Menschen einen Anspruch darauf, dass nicht leichtfertig entschieden wird, sondern nach intensiver, kontroverser Debatte, in der alle Gesichtspunkte abgewogen werden und man sich dann zu einer Entscheidung durchringt.

Wir werden die bestehenden Kontaktbeschränkungen aufrechterhalten. Weiterhin darf sich nur ein Haushalt mit einer haushaltsfremden Person treffen. Ich sage aber auch ganz deutlich, um gelebte Betreuungsstrukturen nicht unmöglich zu machen und Alleinerziehende und Kinder nicht zu isolieren, werden wir auch in Zukunft Kinder bis 12 Jahren bei dieser Regelung nicht mitzählen und an unserer bisherigen Praxis festhalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Darüber hinaus werden wir, darauf haben sich die Länder und die Bundesregierung verständigt, das Tragen sogenannter medizinischer Masken verbindlich vorschreiben. In Bussen und Bahnen sowie im Einzelhandel müssen also nach einer Übergangszeit entweder OP-Masken oder FFP2-Masken getragen werden. Beide Typen, OP-Masken und FFP2-Masken, fallen unter den Oberbegriff der medizinischen Masken. Mediziner versprechen sich von dieser Regelung einen deutlich besseren Schutz als mit der Verwendung von Alltagsmasken.

In Bremen gehen wir aber noch einen Schritt weiter. Wir hatten ja bereits Ende des vergangenen

Jahres zusammen mit den Apotheken etwa 1,7 Millionen hochwertige FFP2-Masken kostenlos an Seniorinnen und Senioren verteilt. Ich glaube, mein Eindruck täuscht nicht: Diese Aktion hat nicht nur den Bund dazu animiert, sich Bremen zum Vorbild zu nehmen und seinerseits Masken auszugeben. Diese Aktion hat auch dazu beigetragen, dass sich seitdem immer mehr Menschen in Bremen und Bremerhaven mit einer solchen Maske effektiv vor einer Infektion schützen. Meine Wahrnehmung war, dass die Zahl der im Stadtbild getragenen FFP2-Masken seit der Verteilaktion seinerzeit deutlich zugenommen hatte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Anknüpfend an diese guten Erfahrungen werden wir deshalb, auch wenn wir medizinische Masken zur Pflicht machen und man diese Pflicht auch mit OP-Masken erfüllen kann, trotzdem in den kommenden Wochen an jede Bremerin und jeden Bremer zwischen 15 und 59 Jahren kostenlos jeweils fünf FFP2-Masken verteilen. Wir sind davon überzeugt, dass dies ein pragmatischer und effektiver zusätzlicher Beitrag zur Eindämmung des Virus ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da werden sich manche fragen, warum 15 bis 59 Jahre und nicht diejenigen, die ja besonders verletzlich sind, nämlich die älteren Menschen. Grund ist, grundsätzlich sind die Menschen ab 60 Jahren über das FFP2-Programm des Bundes versorgt, der sich ja wiederum die Bremer Aktion zum Vorbild genommen hatte.

Ich sage aber auch ganz deutlich, es darf nicht so herüberkommen und es soll nicht so herüberkommen, dass die Menschen ab 60 schlechter gestellt werden als die zwischen 15 und 59. Deshalb werden wir genau prüfen, ob es die Notwendigkeit gibt, das Bundesprogramm für die über 60-Jährigen durch ein Handeln des Landes zu ergänzen. Da müssen wir noch einmal genau hinschauen, denn natürlich sollen die über 60-Jährigen in keiner Weise schlechter gestellt sein, weil die ja die Masken für ihren Schutz ganz besonders nötig haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Kinder und Jugendliche und mit ihnen ihre Familien sind neben den Menschen, die zu den Risikogruppen gehören, besonders Leidtragende dieser Pandemie. Seit Beginn im Frühjahr war daher zu Recht die Kinder- und Bildungspolitik ein besonderer Schwerpunkt dieser Koalition, auch in der Debatte um Coronaschutzmaßnahmen. Dabei war und ist es, das bekenne ich offen, nicht immer leicht, die verschiede-

nen Rechtsgüter, Grundrechte und Folgewirkungen der Maßnahmen mit den infektiologischen Notwendigkeiten der Pandemiebekämpfung in Einklang zu bringen. Es gibt dabei immer die einen, denen das Vorgehen des Senats zu zaghaft und zögerlich ist, und es gibt die anderen, die sich über die Einschnitte ärgern und sie für überzogen halten.

Da gibt es kein Schwarz oder Weiß, kein Richtig oder Falsch. Da geht es auch nicht nur um Pandemiebekämpfung. Da gilt es, die Interessen der Beschäftigten in den Kitas und Schulen zu berücksichtigen, die sich und ihre Familien vor einer Infektion schützen wollen. Da sind die Eltern, die auf eine gute Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind, und da sind nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen selbst, für deren Bildungserfolg die Präsenz in unseren Bildungseinrichtungen unbestritten das Beste ist und denen auch erhebliche gesundheitliche Schäden drohen, wenn wir es ihnen über längere Zeit nicht ermöglichen, unsere Kitas und unsere Schulen zu besuchen. Das haben Kinderärzte eindrucksvoll bestätigt.

Stefan Trapp etwa, der Vorsitzende des Bremer Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, attestiert vielen von Kita- und Schulschließungen betroffenen Kindern Bewegungsmangel, einen Verlust von fein- und grobmotorischen Fähigkeiten und eine deutliche Gewichtszunahme und auch zunehmende depressive Zustände. Dazu kommt die Gefahr, Kindeswohlgefährdungen nicht oder zu spät zu erkennen, und die Gefahr erheblicher Rückschritte beim Spracherwerb für Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben.

Meine Damen und Herren, das sind komplizierte Abwägungsprozesse und ich bin oft erstaunt, das sage ich ganz ehrlich, mit welcher Gewissheit manch eine und manch einer glaubt, den einzig richtigen Weg zu kennen. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich weiß das nicht, wir – als Senat – wissen nicht, was die Patentlösung für richtige Kita- und Schulorganisation unter Pandemiebedingungen ist, zumal sich das mit sich ändernden Infektionszahlen immer wieder verändern kann.

Wir wissen, es sind ganz schwierige Abwägungsentscheidungen zu treffen, die natürlich vielleicht auch anders ausfallen könnten und wobei jede Entscheidung auch mit guten Argumenten kritisiert werden kann, aber die Patentlösung, die gibt es, glaube ich, nicht, und wer sie hat, glaube ich, der behauptet das nur, aber hat sie nicht in Wirklichkeit.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir machen uns die Entscheidungen gewiss nicht leicht, wir hören Expertinnen und Experten, diskutieren und nehmen auch auf, was aus der Gesellschaft an uns herangetragen wird. Wir gehen da schon sehr gründlich heran, aber wir nehmen nicht für uns in Anspruch, immer der Weisheit letzten Schluss zu kennen.

Wir haben kurz vor Weihnachten die Präsenzpflicht an den Schulen ausgesetzt, im Hinblick auf das anstehende Weihnachtsfest, bei dem Familien zusammenkommen und verschiedene Haushalte miteinander in Kontakt treten. Aber jedes Kind, das wollte, sollte oder musste, konnte zur Schule gehen, weil die Eltern oder die Lehrerinnen und Lehrer das für dringend geboten hielten oder weil zu Hause niemand war, der aufpassen konnte. Die Schulen blieben grundsätzlich offen. Diesen Grundsatz, meine Damen und Herren, haben wir ja aus den leidvollen Erfahrungen des Frühlings, als wir zum ersten Mal vor den Herausforderungen der Pandemie standen, gelernt. Damals haben wir gesagt, Schulschließungen sind Raub an der Zukunft unserer Kinder und damit auch an der gesamten Zukunft unserer Gesellschaft.

Doch wir nehmen Ängste wahr und auf, auch das gehört logischerweise dazu. Die Bildungssenatorin hat daher die erste Woche nach den Weihnachtsferien zur Übergangswoche erklärt und allen Beschäftigten in Schule und Kita sowie allen Schülerinnen und Schülern jeder einzelnen Schule angeboten, sich kostenlos und freiwillig testen zu lassen, zum einen, um so eine Momentaufnahme und einen Anhaltspunkt für die Verbreitung des Virus in Schule zu erhalten, und zum anderen auch, um die Ängste vor dem Dunkelfeld ernst zu nehmen.

Wir wissen um die Sorgen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, die täglich mit den Kindern im engen Kontakt stehen, wir wissen um die Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer, die täglich Kontakt zu mehreren verschiedenen Schulklassen haben. Die Ergebnisse dieser Testung bieten keinen Grund zur zusätzlichen Beunruhigung. Im Gegenteil, sie bestätigen den bisherigen Kurs und die bisherigen Einschätzungen: Je jünger die Kinder sind, desto geringer ist das Infektionsgeschehen und desto eher besteht die Möglichkeit, das Bildungsgeschehen auch, jedenfalls teilweise, in Präsenz stattfinden zu lassen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Bei fast 20 000 durchgeführten Tests ergab sich eine Positivquote unter allen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von 0,33 Prozent, wobei die 6- bis 9-

Jährigen, die ausschließlich in der Grundschule unterwegs sind, eine Positivquote von 0,24 Prozent aufweisen, die Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen von 0,38 Prozent. Um es klar zu sagen: Die Zahlen sind uns, sind auch mir persönlich, natürlich immer noch zu hoch, aber sie belegen, dass Schulen, dass Schülerinnen und Schüler keine besonders gefährlichen Infektionstreiber sind.

Ich sage allerdings auch ganz deutlich: Die augenblicklich relativ geringe Inzidenz in Bremen ist nur eine Momentaufnahme. In vielen anderen Kommunen konnten wir beobachten, wie schnell auch ein Anstieg wie bei uns im Herbst letzten Jahres wieder möglich ist. Daher haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Kanzlerin beschlossen, den Beschluss aus dem Dezember im Kern zu verlängern, entweder die Schulen zu schließen, was ich wie gesagt für den falschen Weg halte, oder die Präsenzpflicht auszusetzen und die Maßnahmen restriktiv umzusetzen.

Daran werden wir uns auch in Bremen halten, genauso wie wir uns in den vergangenen Wochen und Monaten immer an die Beschlüsse gebunden haben, denn einen Bremer Sonderweg, wie in den Medien zu lesen gewesen ist, gab es auch da nicht. Die eine Hälfte der Länder hat ihre Schulen geschlossen und Notbetreuung organisiert und die andere Hälfte hat die Präsenzpflicht – genauso wie in Bremen – ausgesetzt. Wir werden diesen Weg nun mit Anpassungen weitergehen, um im Prinzip der restriktiven Umsetzung gerecht zu werden, zumal unsere Schulen mittlerweile für den Distanzunterricht deutlich besser aufgestellt sind, etwa weil alle Schülerinnen und Schüler mit einem iPad ausgestattet sind.

Daher auch mein Appell an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, ermöglichen Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeit von zu Hause, und an die Beschäftigten, nutzen Sie die Möglichkeit des verlängerten Kinderkrankengeldes, wenn Sie das für richtig und für geboten halten. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Eltern darauf angewiesen sind, ihr Kind in die Kita oder die Schule zu schicken, oder es ist für das Kind einfach erforderlich. Auch in dieser Situation müssen Sie kein schlechtes Gewissen haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die verschärfte Verlängerung unserer Maßnahmen ist ein tiefer Einschnitt mitten in die Familien hinein, der mir auch persönlich sehr schwerfällt. Sobald das Infektionsgeschehen es zulässt, werden wir wieder zu einem möglichst geordneten System

von Schule und Kindertagesbetreuung zurückkehren. Unser Ziel ist die Schule mit einer Präsenzpflicht für alle. Unser Ziel ist die bestmögliche Betreuung und Förderung aller Kinder in unseren Kitas so schnell wie möglich, sobald das Infektionsgeschehen das zulässt, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Bremerhaverinnen und Bremerhavener, wie geht es nun weiter, wann werden wir die Pandemie endlich besiegt haben? Das fragen sich viele von Ihnen völlig zu Recht. Wahrscheinlich ist die Antwort darauf, es wird Sie nicht überraschen: impfen, impfen, impfen!

Landesweit mehr als 14 000 Impfungen haben die mobilen Impf-Teams, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Impfbüros und die Fachleute in den Kliniken bis gestern schon verabreicht, gut 1 300 Frauen und Männer haben sogar schon die zweite Impfung bekommen und damit den vollständigen Impfschutz.

Bis Mitte Februar werden wir die Bewohnerinnen und Bewohner und die Beschäftigten in den Altenheimen hoffentlich vollständig, was die Einrichtung betrifft, und mit einer hoffentlich hohen Beteiligungsquote, was die Menschen betrifft, durchgeimpft haben. Angesichts dessen, dass wir im Dezember bis zu 70 Prozent aller Todesfälle in den Alten- und Pflegeheimen zu beklagen hatten, liegt mir das ganz besonders am Herzen.

Wir könnten, das sage ich aber auch, allerdings noch wesentlich mehr Menschen impfen, wenn wir nur genügend Impfstoff zur Verfügung hätten. Das ist kein bremisches Problem, das ist ein bundesweites, ein europäisches Problem und das ist nicht leicht zu lösen. Das weiß jeder, denn mehr Impfstoff kommt nicht einfach mit einem Fingerschnipsen. Ich gebe aber zu, ich würde mir da manchmal noch mehr Engagement, noch mehr Druck von den Verantwortlichen wünschen.

Immerhin hat die Ministerpräsidentenkonferenz am vergangenen Dienstag auf meine Initiative hin erstmals in einem offiziellen Beschluss das auch vom Bundesgesundheitsminister proklamierte Ziel festgeschrieben, „allen Impfwilligen in Deutschland spätestens bis Ende des Sommers ein Impfangebot zu machen“. Das war eine interessante Diskussion, denn der Bundesgesundheitsminister hatte das ja schon ein Dutzend Mal gesagt.

Als ich dann aber gesagt hatte, dann lasst uns das doch in den Beschluss hineinschreiben, da wurden alle ganz unruhig, weil man sich damit natürlich in Form einer Selbstverpflichtung unter Druck setzt,

und man weiß natürlich gar nicht, ob vielleicht Impfstofflieferungen ausfallen und wie das mit der Produktion aussieht. Wenn man sich aber kein klares gemeinsames Ziel setzt und alle Kräfte und Zielsetzungen darauf fokussiert, dann wird man es sowieso nicht erreichen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns als Bund und Länder nicht gegeneinander, sondern miteinander ein klares deutliches Ziel setzen und unsere gemeinsamen Kräfte darauf richten, dieses Ziel zu erreichen.

Das ist der richtige Weg, und nicht der, zu sagen, schauen wir einmal, ob es genügend Impfstoff gibt. Dann bewältigen wir das nämlich nie.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bremen, meine Damen und Herren, sehe ich in jedem Fall gut gerüstet dafür. Wir profitieren von einer meines Wissens nach einzigartigen Zusammenarbeit von Behörden, Hilfsorganisationen und der bremischen Wirtschaft. In der Initiative „Bremen impft“ haben sich Unternehmer, die Handelskammer, die Johanniter, das DRK, der DEHOGA, die Bundeswehr und viele andere zusammengeschlossen. Jeder bringt ein, was er am besten kann, alle mit dem Ziel, die Menschen so schnell wie möglich zu impfen. Ich finde, diese Initiative kann man gar nicht oft genug hervorheben. Das ist gelebter Gemeinsinn, das ist echt bremisch, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD)

„Gemeinsam gegen die Pandemie“, das sollte für uns alle ein Vorbild sein. Bislang haben wir das in unseren beiden Städten gut bewältigt, lassen Sie uns daran arbeiten, dass das auch in der Zukunft so bleiben wird. Lassen Sie uns alle etwas dafür tun, dass uns diese gemeinsame Stärke erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, als ich mich heute auf den Weg hierher zur Bürgerschaft gemacht habe, kam meine 87 Jahre alte Nachbarin aus der Tür und rief mir gleich mit strahlendem Gesicht zu: „Herr Bovenschulte, heute bekomme ich meine erste Spritze.“ Sie strahlte und der Optimismus, den sie dabei zum Ausdruck brachte, weil sie mir schon vorher erzählt hatte, wie sehr sie darunter leidet, sich von ihren Freiheiten her so eingeschränkt zu fühlen, und wie sie sagt: „Dann geht es endlich wieder anders zur Sache für mich!“, ich muss ganz ehrlich sagen, in dem Moment habe ich gedacht: Ganz genau, so ist das. Das ist der richtige Weg, das ist der richtige Optimismus. Gemeinsam bewältigen wir das, meine Damen und Herren! – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner erhält der Abgeordnete Thomas Röwekamp das Wort.

Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie auch mich für die CDU-Fraktion zunächst drei Vorbemerkungen machen.

Die Botschaft werden Sie in den letzten Tagen und Wochen alle immer wieder gehört haben: Warum brauchen wir eigentlich den Lockdown, es betrifft doch eigentlich nur ältere Menschen! Ich empfehle allen, die das behaupten und die sagen, wir müssten eigentlich nur für die besonders vulnerablen Gruppen Maßnahmen ergreifen, einen Blick auf die Seite des RKI. Auch für das Land Bremen ist dort beschrieben, wie die Verteilung nach Altersgruppen und Geschlecht, aber hier insbesondere nach Altersgruppen, bei den Infektionen ist.

Wer sich das anschaut, stellt fest, am stärksten von Infektionen betroffen ist die Gruppe der 15- bis 60-Jährigen, sowohl bei den 15- bis 39-Jährigen als auch bei den bis unter 59-Jährigen haben wir die höchsten Infektionszahlen.

(Abgeordneter Jan Timke [BIW]: Aber nicht bei den Todesfällen!)

Herr Timke, das stimmt. Dazu komme ich gleich noch.

Das Virus betrifft daher nicht nur Menschen einer bestimmten Generation oder Bevölkerungsgruppe, es betrifft uns alle. Dieses Virus – auch das ist ein Teil der Antwort – überträgt sich ja nicht von selbst. Es läuft nicht durch die Stadt, sondern es wird nur und ausschließlich von Mensch zu Mensch übertragen. Deswegen bleibt es dabei, dass wir es alle gemeinsam in der Hand haben, dafür zu sorgen, dass sich dieses Virus auch mit Blick auf die zusätzliche Gefahr der Mutation und die erhöhte Infektionsgefahr nicht weiter verbreitet.

Die Maßnahmen, die wir in den Bundesländern gemeinsam mit der Bundesregierung in den letzten Wochen und Monaten verabredet haben, sind daher heute genauso wichtig wie vor zwei Monaten und vor drei Monaten und wie im Frühjahr letzten Jahres. Wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen achtsam bleiben und uns an die Regeln halten, ansonsten wird es uns nicht gelingen, dieses Virus einzudämmen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Einwand, es stürben aber nur die alten Menschen, Herr Timke, das stimmt. Im Wesentlichen sind es, wenn Sie sich die Statistik ansehen, welche

Menschen sterben, die lebensälteren Menschen. Was wollen Sie aber mit diesem Zwischenruf eigentlich sagen? Wollen Sie damit sagen, das ist dann nicht so schlimm, die sterben ja sowieso schneller als die jungen? Ich kann dazu nur sagen, diese Auffassung ist mit meinen Überzeugungen völlig unvereinbar. Wir haben – und das sage ich heute noch einmal auf Ihren Zwischenruf hin – aus gutem Grund in unserem Grundgesetz das Verbot verankert, zu unterscheiden, was lebenswertes und was nicht lebenswertes Menschenleben ist, sehr geehrter Herr Timke!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deswegen geht es darum, dass wir auch diese Menschen, nur weil sie lebensälter sind, nicht aufgeben.

(Zuruf Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Lassen Sie mich eine zweite Vorbemerkung machen. Der Bürgermeister hat über das Impfen gesprochen. Ja, ich glaube, natürlich liegt der Schlüssel der Bekämpfung der Pandemie nicht langfristig darin, dass wir unsere Grundrechte einschränken, dass wir Begegnungen vermeiden, dass wir Kontakte einschränken, dass wir die Arbeitswelt beschränken, dass wir einen Lockdown haben, sondern der Schlüssel für die Bekämpfung der Pandemie liegt darin, dass möglichst viele Menschen sich gegen dieses Virus impfen lassen. Auch daran wird von bestimmten politischen Kräften immer wieder Kritik geübt: Warum haben wir uns eigentlich nicht wie andere Länder auf der Welt nur auf uns selbst konzentriert? Der Impfstoff ist doch zum Teil in Deutschland entwickelt worden, warum versorgen wir nicht zuerst die deutsche Bevölkerung, bevor wir an Europa denken oder in die Welt exportieren?

Auch da will ich entschieden sagen: Der Schlüssel für die Bekämpfung der Pandemie liegt nicht bei den Nationalstaaten. Gerade ein Land wie Deutschland, das im Herzen Europas mit vielen Nachbarn liegt, gerade ein Bundesland wie Bremen, das auf Internationalität in seiner wirtschaftlichen Existenz zwingend angewiesen ist, kann doch nicht nur auf sich selbst schauen. Wir brauchen nicht nur in Europa, aber insbesondere in Europa eine gemeinsame Strategie für das Impfen. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die Menschen in Deutschland geimpft werden, genauso wie wir dafür sorgen müssen, dass nicht nur die Menschen in Bremen oder Bremerhaven geimpft werden, sondern wir müssen dafür sorgen, dass wir innerhalb kürzester Zeit möglichst viele Menschen in Europa mit dem Impfstoff versorgen können, um die Infektionsgefahr in ganz Europa zu bekämpfen.

Deswegen darf es keinen nationalen Alleingang geben und deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung zusammen mit den Staatschefs der anderen europäischen Länder eine gemeinsame Impfstrategie gefunden hat. Die war sehr vorausschauend, wir haben sehr früh reserviert, obwohl wir noch gar nicht wussten, was am Ende für Impfstoffe dabei herauskommen. Wir wussten nicht, wer am schnellsten ist, wir wussten nicht, wer den besten Impfstoff haben wird. Es hat trotzdem schon ein Obligo im Haushalt gegeben, um auch für unsere Bevölkerung möglichst viele Impfdosen zu reservieren. Dieser Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin ist richtig gewesen. Nationale Alleingänge bekämpfen die Pandemie nun einmal gerade nicht!

(Beifall CDU)

Deswegen verbietet sich zurzeit auch jedwede Diskussion darüber, welche Erleichterungen oder welche Rückgabe von Grundrechten wir denjenigen zukommen lassen können, die sich impfen lassen. Ich habe kein Verständnis für das Vorpreschen des Bundesaußenministers in dieser Frage, nach dem Motto: Wer geimpft ist, kann schon einmal ins Kino gehen. Solange wir nicht in der Lage sind, allen Menschen, die impfwilling sind, auch ein Impfangebot zu machen, verbietet sich jede Debatte darüber, wie wir mit Geimpften in Zukunft in Deutschland umgehen. In dem Moment, in dem ich nicht jedem das Angebot machen kann, kann ich auch nicht sagen, dass diejenigen, die nicht geimpft werden, weil sie nach dem nationalen Impfplan noch gar nicht an der Reihe sind, dann anders behandelt werden als die, die aufgrund ihres Lebensalters oder ihres Berufes früher an der Reihe gewesen sind.

Nein, meine Damen und Herren, über Erleichterungen, über Lockerungen, über die Rückgabe von Menschen- und Grundrechten, über die Aufhebung und Lockerung von Kontakt- und Aufenthaltsbeschränkungen können wir erst dann reden, wenn wir allen Menschen die Gelegenheit gegeben haben, diesen Impfstoff auch für sich in Anspruch zu nehmen, vorher verbietet sich jedwede Debatte darüber.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich eine dritte Bemerkung machen: Die Umfragen von heute belegen, dass die Menschen zunehmend verdrießlich werden im Hinblick auf die Einschränkungen, die wir ihnen zumuten. Ich kann das – der Bürgermeister hat es auch gesagt – gut verstehen. Je länger die Kontaktbeschränkungen gelten, je länger wir den Lockdown

für bestimmte Bereiche in unserer Wirtschaft haben, solange wir mit Einschränkungen in Schule und Kita umgehen müssen, je länger das dauert, desto schwerer wird es für die Menschen, ja. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber umso wichtiger ist es doch, dass wir die Maßnahmen, die wir gemeinsam für notwendig erachten, auch unverändert gemeinsam nach außen vertreten.

Es stimmt, die Inzidenzzahl ist in Bremen, aber auch im Bund, wieder rückläufig: 115,3. Wer aber behauptet, dass wir damit wieder darüber reden können, in welchem Umfang wir jetzt Lockerungen und Erleichterungen vereinbaren, der täuscht sich. Das sage ich auch ausdrücklich denen, die sagen: Ihr habt ja gar keinen Plan, wie ihr Deutschland wieder hochfahren wollt. Ich bin sehr froh, dass die Ministerpräsidentenkonferenz jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die über die schrittweise Öffnung und Rücknahme der Beschränkungen miteinander reden will, aber, meine Damen und Herren, natürlich gibt es für Deutschland einen Plan. Einen Plan, der auch von allen mehrheitlich verantwortungsbewusst in den Ländern und im Bund getragen wird.

Der Plan heißt, wir müssen, bis wir eine Herdenimmunität durch Impfung haben, den Inzidenzwert auf 50 beschränken. Das ist der Plan. Der ist nicht neu und der ist nicht geändert worden, der gilt seit fast einem Jahr – wir haben ihn einmal erfüllt und wir haben ihn einmal nicht erfüllt –, und dieser Plan ist auch nicht willkürlich. Dieser Plan hat zum Inhalt, dass diese Zahl daraus abgeleitet ist, dass unser Gesundheitssystem bei einem solchen Inzidenzwert gewährleisten kann, dass wir jedem Menschen eine bestmögliche medizinische Versorgung geben können.

Solange wir diesen Wert, diese Inzidenz von 50 nicht erreichen, werden wir auch nicht in der Lage sein, in Deutschland über die Rücknahme von Beschränkungen zu reden. Ich sage das in dieser Deutlichkeit auch, weil sich natürlich jeder wünscht, dass es jetzt schon Ankündigungen dafür gibt, welche Maßnahmen wir wann gegebenenfalls und abhängig von welchen anderen Faktoren zurücknehmen können. Ich sage, es gibt nur einen Plan, und der Plan heißt, wir müssen eine Inzidenz von 50 erreichen, bevor wir darüber reden können, ob und in welchen Bereichen wir die jetzt verlängerten Beschränkungen gegebenenfalls wieder zurücknehmen müssen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch das sagen: Auch da geht es nicht darum, nach Bevölkerungsgruppen oder nach Sparten zu denken. Ja, ich wünsche mir auch, dass wir mit Kita und Schule mög-

lichst schnell wieder in den Regelbetrieb zurückkommen können. Ich wünsche mir aber auch, dass wir möglichst schnell die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel wieder beschäftigen können. Ich wünsche mir, dass wir möglichst schnell die Menschen in der Gastronomie wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren lassen können.

Wenn es darum geht, einen Plan für die Lockerungen von Maßnahmen zu entwickeln, dann kann es nicht nur darum gehen, für bestimmte Sparten Lockerungen zu vereinbaren, sondern wenn wir das System Deutschland wieder hochfahren können, dann muss das für alle Sparten unserer Gesellschaft gelten. Dann ist die Priorität, es behutsam für alle zu machen und nicht vollständig für einige wenige, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Wir haben mit unserem Antrag, den wir vorgelegt haben, deutlich gemacht, dass wir die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz von verganginem Dienstag uneingeschränkt mittragen. Das heißt nicht, dass wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion von jeder einzelnen dieser Maßnahmen in der jetzt gefundenen Formulierung auch überzeugt sind. Wie bereits bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz auch bin ich von der Notwendigkeit der Verschärfungen und jetzt der Verlängerung der Kontaktbeschränkungen auf einen weiteren Haushalt mit einer weiteren Person nicht überzeugt. Ich glaube, dass wir in der Frage kein Regelungsdefizit hatten. Wahrscheinlich halten sich 90 Prozent der Menschen an diese Regel, wie sie sich auch an die Regel mit zwei Haushalten und fünf Personen gehalten haben.

Wir haben ein Vollzugsproblem. Das Problem ist doch, dass die Infektionsübertragung stattfindet, weil sich die Menschen nicht an diese Regel halten. Dann macht es wenig Sinn, die Regel zu verschärfen, weil sich die, die sich an die bisherigen Regeln nicht gehalten haben, wahrscheinlich auch an die verschärften Regeln nicht halten werden. Deswegen bin ich davon nicht überzeugt.

Ich bin auch nicht davon überzeugt, was die FDP jetzt beantragt, dass sie sagt, wir wollen eine Ausnahmeregelung nur in Bremen. Wer sich außerhalb des befriedeten Besitztums, so heißt das sinngemäß, befindet, der darf sich mit fünf Personen aus zwei Haushalten treffen. Der Auffassung kann man sein. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass wir bei der vorbestehenden Regelung mit den fünf Personen aus zwei Haushalten bleiben. Wenn man nun aber eine nationale Verständigung gefunden hat, die bei den Kontaktbeschränkungen bundesweit einheitlich sagt, wir wollen es so haben, dann

kommt es ehrlicherweise auf meine Meinung, auf die Meinung der CDU-Bürgerschaftsfraktion und auf die Meinung der FDP nicht mehr an, weil es viel wichtiger ist, dass wir in Deutschland insgesamt eine gemeinsame Regel finden, als dass jeder jede Verästelung der Regelung, die gefunden worden ist, für 100-prozentig überzeugend hält.

Deswegen werden wir den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen. Wir sind der Auffassung, der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zu den Kontaktbeschränkungen muss auch in Bremen eins-zu-eins umgesetzt werden, und deswegen werden wir diesen Beschluss mittragen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Mit unserem Antrag, den wir vorgelegt haben, begehren wir vom Senat eine Richtungsänderung in drei einzelnen Bereichen unterhalb der Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz, aber es hat natürlich einen Bezug zu dieser Debatte, und deswegen lassen Sie mich das an zwei Beispielen deutlich machen.

Der erste Punkt ist der Bereich Bildung, insbesondere das Thema Schulschließung. Ich glaube, ein Großteil der zunehmend sinkenden Akzeptanz für die Beschränkungen liegt auch daran, dass es gerade in diesem Punkt bei der Frage, wie Kita- und Schulbesuch in Deutschland organisiert sind, einen Flickenteppich gibt. In diesem zentralen Punkt ist es nicht gelungen, zu einer bundesweit einheitlichen Lösung zu kommen.

Herr Bürgermeister, ja, es mag so sein, dass die Hälfte der Länder die Präsenzpflcht aussetzt und die andere Hälfte der Länder die Schulen schließt, aber mit diesen beiden Modellen ist nicht die Lage in Deutschland beschrieben. In Ländern, die die Präsenzpflcht aussetzen, wie Bremen, gibt es den Appell der Bildungssenatorin: Schickt eure Kinder hin, Unterricht findet nur in der Schule statt, gewährleisten können wir guten Unterricht nur in Präsenz. In Hessen beispielsweise, wo die Präsenzpflcht ausgesetzt wird, sagt die Bildungsministerin: Lasst eure Kinder zu Hause! Also, aus der Systemfrage „Präsenz oder Schulschließung?“ folgt noch nicht, dass es in Deutschland nur diese zwei Wege gibt.

Ich hätte mir gewünscht – das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich –, dass sich der Vorschlag aus dem Bundeskanzleramt in der Ministerpräsidentenkonferenz durchsetzt. Der wäre einheitlich gewesen. Der hätte festgelegt, dass es in allen 16 Bundesländern Schulschließungen mit Notbetreuung für Menschen gibt, die darauf angewiesen sind, ihr

Kind betreuen zu lassen, oder wenn das Kind Betreuungsbedarf hat. Ich hätte mir gewünscht, dass wir dies bundesweit einheitlich umsetzen. Ich bin ein überzeugter Anhänger des Föderalismus, aber in dieser Pandemielage darf es keine 16 unterschiedlichen Regelungen zum Betrieb von Kitas und Schulen geben.

In dieser Pandemielage hätte ich mir gewünscht, dass wir in Deutschland einheitliche Regeln finden, und es wäre nur die Lösung verantwortbar gewesen, zu sagen, wir schließen die Schulen bis zum 14. Februar dieses Jahres, wir stellen sicher, dass in dieser Zeit Distanzunterricht flächendeckend für alle Schülerinnen und Schüler stattfindet, wir gehen danach in den Wechselunterricht in Halbgruppen, bis wir ein Infektionsgeschehen haben, das es uns erlaubt, wieder vollständigen Präsenzunterricht zu gewährleisten.

Das wäre aus meiner Sicht auch für Bremen und Bremerhaven der richtige Weg gewesen und ich bedaure sehr, dass dieser Vorschlag des Bundeskanzleramtes insbesondere durch den Widerstand der SPD-geführten Länder am Ende nicht Wirklichkeit geworden ist. Ich hätte mir gewünscht, dass wir diese einheitliche, nachvollziehbare und begründete Lösung in ganz Deutschland gefunden hätten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Deswegen will ich auch sagen, die Debatte, die sich jetzt in Bremen wieder darüber entfacht, finde ich nicht zielführend. Es wird gesagt, wir wollen die Präsenzpflichten aussetzen, weil wir insbesondere Kindern aus sozial schwierigen Verhältnissen die Gelegenheit geben wollen, am Präsenzunterricht teilzunehmen. Nun haben wir die Statistik bekommen, die uns dankenswerterweise zugesagt worden ist, in welchem Umfang Präsenzpflichten nach Stadtteilen in Anspruch genommen werden. Am stärksten ist der Präsenzunterricht unverändert und nachvollziehbar in den Grundschulen, aber auch hier kann man nicht sagen, dass in den sozial benachteiligten Stadtteilen der Schulbesuch nun deutlich höher ist als in den nicht sozial benachteiligten Stadtteilen.

Wir haben hohe Grundschulbesuchsquoten in Schwachhausen, in Oberneuland, in Borgfeld, der frühere Bürgermeister würde sagen, in den „Problemstadtteilen“ in Bremen. Wenn Sie sich aber einmal anschauen, wie es an den weiterführenden Schulen aussieht, dann stellen Sie fest, dass wir insbesondere in den Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen ganz niedrige Präsenzquoten in den Schulen haben.

Deswegen ist doch das Ergebnis genau wie bei der Kita auch, wenn Sie sich das regional anschauen: Es ist gerade nicht so, dass das Angebot an Präsenzkita und Präsenzunterricht insbesondere von den Familien in Anspruch genommen wird, deren Kinder in besonderer Weise auf Betreuung und Bildung angewiesen sind. Es wird insbesondere in den Stadtteilen in Anspruch genommen, in denen es sowieso eine hohe Bildungsaffinität gibt. Die Mär also, wir müssten das öffnen und offenhalten und appellieren, dass die Kinder in die Schule kommen, um gerade Kindern aus sozial schwierigen Verhältnissen die Möglichkeit zur Teilnahme an Bildung zu geben, die ist mit dieser Statistik widerlegt.

Die Frage ist doch, wer jetzt eigentlich darüber entscheidet, wer zur Schule geht und wer nicht zur Schule geht. Die Unterrichtspflicht ist ja nicht nur die Pflicht der Eltern und der Schülerinnen und Schüler, zur Schule zu gehen. Unterrichtspflicht beinhaltet für die CDU-Fraktion auch, dass der Staat sicherzustellen hat, dass Unterricht stattfindet. Schauen Sie sich doch einmal die vielen einzelnen Berichte an, die veröffentlicht werden und die auch an Sie persönlich herangetragen werden, wie ich weiß. Wie wird denn die Situation zurzeit wahrgenommen?

Zurzeit entscheiden Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrer – übrigens gegen den eigenen Willen – darüber, ob am nächsten Tag Unterricht stattfindet oder nicht. In WhatsApp-Gruppen wird am Abend vorher festgelegt, ob die Schülerinnen und Schüler am nächsten Morgen zur Schule kommen sollen, ob Präsenzunterricht stattfindet. Eltern sind verunsichert, weil sie jetzt nicht wissen, ob sie dem Appell der Bildungssenatorin folgen und ihre Kinder zur Schule schicken sollen. Mir wird berichtet, dass Eltern vor der Schule stehen und darüber diskutieren, ob sie ihr Kind jetzt hineinschicken oder nicht hineinschicken.

Meine Damen und Herren, Sie delegieren die Ihnen obliegende Pflicht zur Gewährleistung von Unterricht jetzt an Eltern, an Schülerinnen und Schüler und an Lehrerinnen und Lehrer, und das führt dazu, dass es völlige Willkür gibt, welches Kind zum Unterricht erscheint und welches Kind nicht.

(Zuruf Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD])

Wenn die Bildungssenatorin Recht hat, wenn sie sagt, Unterricht können wir nur gut im Präsenzunterricht garantieren, dann ist das das Eingeständnis des Unvermögens und des Versagens. Unterricht muss auch gewährleistet werden, wenn die Kinder nicht zur Schule gehen, aus welchen Gründen auch

immer, wenn die Eltern sich dagegen entscheiden, ihr Kind dem Infektionsrisiko auszusetzen, weil es zum Beispiel bei den Großeltern betreut wird und man gerade kein erhöhtes Risiko im Schul- oder Kitabetrieb eingehen will.

Meine Damen und Herren, wir dürfen die Verantwortung für die Bildung von Kindern und für das, was stattfindet, nicht den Eltern und den Lehrerinnen und Lehrern und den Schulleitungen überlassen, das ist unsere politische Verantwortung. Wir haben die Pflicht, Unterricht zu garantieren, und diese Pflicht muss auch wahrgenommen werden, und diese Pflicht wird in den bestehenden Regelungen nun einmal gerade nicht wahrgenommen. Sie gewährleisten keinen flächendeckenden Unterricht in Bremen und Bremerhaven mehr, und das ist der Fehler Ihrer Vorgehensweise.

(Beifall CDU, FDP)

Wenn Sie sagen, es gäbe keinen Bremer Weg – –.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Bremer Weg, aber nicht Sonderweg!)

Doch, es ist ein Sonderweg, Herr Güngör, diesen Weg gibt es ja nicht einmal in Bremen einheitlich. Sie schaffen es ja nicht einmal, mit Bremerhaven gemeinsam zu einem Weg zu kommen.

(Beifall CDU)

Da können Sie doch nicht sagen, es ist ein Bremer Weg. Es ist ein Stadtbremer Weg, das kann vielleicht sein, das will ich vielleicht einräumen, aber natürlich hat der Schulstadtrat in Bremerhaven völlig recht, wenn er wie viele andere auch sagt: Lasst eure Kinder zu Hause, wir gewähren Notbetreuung, aber wir stellen Distanzunterricht sicher, wir wollen Wechselunterricht. Meine Damen und Herren, hören Sie diese Appelle doch endlich von den Betroffenen, nicht nur vom Stadtrat aus Bremerhaven,

(Beifall CDU)

sondern auch von den Lehrerverbänden, von den Schulleitungen, die alle an Sie die dringende Bitte richten: Sorgen Sie für Klarheit, regeln Sie einheitlich für alle Schulen und aller Schülerinnen und Schüler in Bremen das Vorgehen! Sagen Sie ganz klar, bis zum 14. Februar findet Distanzunterricht statt, den können wir gewährleisten! Sagen Sie ganz klar, danach findet Wechselunterricht statt! Es ist doch absurd, dass wir Betrieben verbieten, Mitarbeiter bei sich im Betrieb zu beschäftigen, dass wir appellieren, nicht gemeinsam im Bus zu sitzen, damit dann am Ende 25 Kinder ohne Maske in einer Grundschule in einem Klassenraum sitzen,

meine Damen und Herren! Das ist nicht konsistent und das verwirrt die Menschen und das verhindert die Akzeptanz von Lösungen.

(Beifall CDU)

Deswegen sagen wir, im Bildungsbereich wollen wir zu einem klaren und verlässlichen Modell der Unterrichtssituation. Das betrifft übrigens auch die Frage der Abiturprüfungen. Nur mit der Verschiebung des Prüfungstermins ist das Problem nicht gelöst. Ja, es gibt die Schülerinnen und Schüler, die sagen, ich brauche mehr Zeit für die Vorbereitung auf mein Abitur.

Es gibt aber auch die, die sagen, wie wir heute Morgen gerade noch während dieser Debatte als Mail, vielleicht nicht nur ich, sondern viele andere von Ihnen auch, als Mitteilung bekommen haben: Ich will am ursprünglichen Termin meine Prüfung machen, weil ich danach schon andere Termine habe, die ich zwingend einhalten muss, Aufnahmeprüfungen an Hochschulen und Universitäten beispielsweise. Ich will ein Medizinstudium aufnehmen, wofür zwingend erforderlich ist, einen Test zu absolvieren, der fällt jetzt genau in die Zeit, in die die Abiturprüfung verlegt worden ist.

Meine Damen und Herren, es muss doch möglich sein, dass Sie auch bei den Abschlüssen ein größtmögliches Maß an Flexibilität ermöglichen. Das bedeutet für uns als CDU-Fraktion, ja, es muss die Möglichkeit geben, am ursprünglichen Termin seine Abiturleistung und seine Jahresabschlussleistungen zu erbringen. Es muss für die, die sagen, ich brauche mehr Vorbereitungszeit, die Möglichkeit geben, ein zweites Prüfungsfenster zu öffnen. Es muss sicherlich auch die Möglichkeit einer Verlängerung geben für diejenigen, die sagen, ich habe jetzt eigentlich seit Oktober letzten Jahres keinen strukturierten Unterricht mehr wahrnehmen können, ich fühle mich nicht gut vorbereitet auf meine schulische Abschlussprüfung in diesem Jahr, lasst mich doch bitte ein Jahr länger zur Schule gehen, damit ich mich gründlich auf diesen Abschluss vorbereiten kann.

Diese drei Möglichkeiten müssen wir doch in unserem System sicherstellen können, wir müssen jedem Schüler und jeder Schülerin die Möglichkeit geben, den Abschluss nach bestmöglichen Vorbereitungen zu machen, und dafür brauchen wir diese Flexibilität und nicht nur einen Termin. Wir müssen zulassen, dass die Schülerinnen und Schüler sich auf ihre Abschlussprüfung gut und zuverlässig vorbereiten können, und das fordern wir mit unserem Antrag.

(Beifall CDU)

Der zweite Teil, zu dem ich kurz etwas sagen will – ich weiß, meine Uhr läuft, aber der Bürgermeister hat auch einen Tick länger geredet –, das ist der Teil des öffentlichen Personennahverkehrs. Auch hier, so sage ich ganz deutlich, hätte ich mir gewünscht, dass sich der Vorschlag der Bundeskanzlerin und aus dem Bundeskanzleramt durchsetzt. Darin stand nämlich, dass in öffentlichen Verkehrsmitteln grundsätzlich eine Begrenzung der Fahrgastzahlen organisiert wird, und zwar stand darin: ein Drittel der zulässigen Gesamtzahl.

Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht und schaut, was in Bussen und Straßenbahnen passiert, und zwar nicht nur auf der Linie in das GVZ, sondern flächendeckend, der stellt fest, dass Abstands- und Hygieneregeln in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht eingehalten werden. Deswegen brauchen wir eine Höchstzahl von zu befördernden Fahrgästen für solche öffentlichen Verkehrsmittel. Ja, es mag sein, dass man dann auch einmal auf den nächsten Bus oder die nächste Bahn warten muss. Sie müssen beim Bäcker auch warten, wenn schon zwei im Laden sind und Sie sich Brötchen kaufen wollen. Es gibt überall eine Beschränkung der höchstens zulässigen Personenzahl. Es gibt sie in allen öffentlichen Bereichen, es gibt sie in allen Geschäften, es gibt sie in allen Dienststellen, die wir öffentlich betreiben, überall gibt es eine Höchstzahl von Teilnehmenden. Warum gibt es die eigentlich nicht im ÖPNV?

Wir können das Infektionsgeschehen nur dann auch verbindlich in öffentlichen Verkehrsmitteln bekämpfen, wenn wir dafür sorgen, dass nur eine bestimmte Anzahl von Menschen in einem solchen Verkehrsmittel mitfährt. Die Zustände, wie sie zurzeit herrschen, sind schwer erträglich und auch nicht vermittelbar, und es macht auch keinen Sinn, dass wir die Menschen überall in ihren Kontakten beschränken und sagen, Busfahren und Bahnfahren dürft ihr aber dicht an dicht.

Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass auch dieser Beschluss in der Ministerpräsidentenkonferenz getroffen worden wäre, aber ich wünsche mir jetzt, dass wir diesen Beschluss zumindest in Bremen umsetzen. Wir müssen die Flexibilität haben, bei den Anbietern unserer öffentlichen Verkehrsmittel durch Verdichtung und Verdünnung von Streckennetzen dafür zu sorgen, dass es Höchstfahrgastzahlen gibt.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt kurz ansprechen. Das betrifft die Frage: Gibt es nicht auch Möglichkeiten, Erfahrungen für Bremen zu übernehmen, was besonders für vulnerable Gruppen gilt? Ja, ich habe festgestellt, der Senat wird jetzt

sicherstellen, dass Menschen bestimmter Altersgruppen mit dem Taxi zum Impfzentrum fahren können, das finde ich gut.

Gibt es aber nicht Möglichkeiten, für diese Bevölkerungsgruppen auch andere exklusive Lösungen zu finden, beispielsweise wie in Tübingen bestimmte Einkaufszeiten auf Wochenmärkten oder in Supermärkten zu regeln und zu sagen, die ersten zwei Stunden dürfen Menschen im Alter von über 65 Jahren einkaufen, um das Ansteckungsrisiko zu senken? Gibt es nicht die Möglichkeit, dass wir diesen Menschen anbieten, zum ÖPNV-Tarif mit dem Taxi zu fahren? Ich weiß, das kostet Geld, aber wir haben einen Coronasondertopf mit 1,2 Milliarden Euro und wir reden über eine überschaubare Summe. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass wir in diesem Bereich noch einmal nachsteuern.

Insgesamt sage ich deswegen: Ja, die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz werden von der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen insgesamt mitgetragen. Das heißt nicht, dass man sich an der einen oder anderen Stelle nicht etwas anderes hätte vorstellen können, aber hier geht es darum, für Deutschland insgesamt verlässliche Regeln zu treffen. Ja, wir glauben, dass wir in Bremen vieles besser machen können in der Bildung, im öffentlichen Personennahverkehr und auch bei der Frage, wie wir zusätzliche Erleichterungen für besonders vulnerable Gruppen erreichen können.

Ich hoffe, dass wir mit diesen Maßnahmen mit möglichst geringem Schaden durch die Krise kommen. Wir haben in Bremen, Stand heute, 248 Tote infolge einer Covid-19-Erkrankung, das sind 248 Menschen zu viel und Schicksale, die uns nachdenklich machen müssen. Deswegen lassen Sie uns weiter um den bestmöglichen Weg streiten und lassen Sie uns die Maßnahmen, die die Ministerpräsidentenkonferenz getroffen hat, möglichst geschlossen auch in Bremen umsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Mustafa Güngör das Wort.

Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am letzten Montag war der sogenannte Blue Monday, ein Tag, den der britische Psychologe Dr. Cliff Arnall ins Leben gerufen hat. Der Blue Monday wird auch als deprimierendster Tag des Jahres bezeichnet. Das Wetter ist schlecht, die Vorsätze des neuen Jahres funktionieren nicht wie vorgenommen und der Finanzdruck von Weihnachten ist noch spürbar.

Leider muss ich ergänzen: Dass wir gelernt haben, in einer Pandemie zu leben, hat den vergangenen Montag vielleicht noch etwas herausfordernder gemacht. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern, Bekannten, Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden – Ihnen wird es ähnlich gehen – ist zu hören: Wie lange müssen wir noch durchhalten, wann haben wir unser normales Leben zurück und vor allem, wie geht es in den nächsten Tagen und Wochen weiter? In der Tat verlangen uns diese ersten Wochen des Jahres wirklich viel ab, eine kräftezehrende Zeit.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt aber auch Entwicklungen, die vielleicht ein wenig Hoffnung machen. Es wurde bereits betont, der Inzidenzwert in Bremen liegt derzeit relativ niedrig, und ich betone ausdrücklich: derzeit, weil es, wie schon in den vergangenen Debatten immer erwähnt, eine Momentaufnahme ist. Trotzdem ist es aber eine hoffnungsvolle Entwicklung, den niedrigsten Inzidenzwert bundesweit zu haben, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Eine weitere gute Entwicklung, die hier sicherlich auch die Opposition – vielleicht die FDP – noch besonders erwähnen wird – die CDU ist darauf nur in Teilen eingegangen, sie wird das vielleicht noch nachholen –, ist ja auch die Impfstrategie beziehungsweise das Tempo, mit dem wir impfen. Ich glaube, wir können zu Recht stolz darauf sein, dass unsere Impfquote von 1,9 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 1,6 Prozent liegt, und in den nächsten Wochen beginnt die Impfung der über 90-Jährigen, die zu Hause leben. Die erste 90-Jährige im Impfzentrum wurde wohl gestern geimpft.

Bremen hat zudem entschieden, dass die Kosten für eine Taxifahrt zum Testzentrum für alle Menschen ab 80 Jahren übernommen werden. Diese vorausschauende Planung wird dazu beitragen, die Impfquote weiter deutlich zu erhöhen, und ist erneut ein wichtiges Signal. Wir, meine Damen und Herren, wollen die ältere Wohnbevölkerung in Bremen unterstützen und die Zugänge erleichtern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Daher gilt an dieser Stelle besonders den insgesamt 17 mobilen Impfteams und den Helfenden, die in unseren beiden Impfzentren in Bremen und Bremerhaven tagtäglich eine große Leistung vollbringen, unser Dank.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Kollege Röwekamp, der Bürgermeister hat es, finde ich, sehr diplomatisch noch einmal hier in Erinnerung gerufen: Erinnern Sie sich wirklich noch an den Tag, an dem Sie dem Senat in einer Aktuellen Stunde, nämlich am 18. November 2020, vorgeworfen haben, dieser Senat würde zu wenig im Kampf gegen die Pandemie unternehmen? Erinnern Sie sich, dass Sie damals den hohen Inzidenzwert auf Versäumnisse der bremischen Politik zurückführten? Würden Sie jetzt den niedrigen Inzidenzwert auf eine konsequente und richtig handelnde Regierung zurückführen? Ich will Ihre Antwort da nicht wirklich hören, und kann Ihnen nur sagen, an dem entschlossenen Kurs dieser rot-grün-roten Regierung hat sich nichts geändert. Einzig ihre Forderung läuft, wie so häufig, ins Leere.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wobei man da sagen muss, da haben Sie es noch nicht geschafft – darüber bin ich auch froh –, die FDP an dieser Stelle zu überholen.

Bremen wurde kürzlich in der Presse als Coronavorbild bezeichnet. Das wäre doch auch einmal für die Opposition ein guter Aufhänger für eine Initiative. Eines zeigt die aktuelle Situation deutlich: Unser Senat hat in dieser Krise besonnen und mit frühzeitigen Maßnahmen unterstützt, und da gebührt hier der Dank dem gesamten Senat und selbstverständlich auch unserem Bürgermeister für die

(Beifall SPD)

wirklich intensiven und kräftezehrenden Tage und Wochen, die wir hinter uns haben.

Keine und keiner der hier anwesenden und nicht anwesenden Senatorinnen und Senatoren macht sich in irgendeiner Form eine Entscheidung leicht. Es wurde bereits gesagt, es ist auch schwierig, in dieser Situation zu wissen, was eigentlich die richtige oder die falsche Entscheidung ist. Deshalb bin ich froh, dass auch die bremische Bevölkerung mitmacht, und das wurde dieser Bevölkerung ja von Ihnen, seitens der CDU, wie wir in einer früheren Debatte zu Kulturkreisen noch einmal von Ihnen gehört haben, nicht zugetraut, dass wir hier gewissenhaft und verantwortlich mit einer Maskenpflicht die Zahlen verbessern, und das hat geklappt. Das hat gezeigt, dass wir mit unseren Maßnahmen, mit unserem gemeinsamen Weg im Kampf gegen die Pandemie zumindest im Augenblick gut vorankommen. Besonders in den Stadtteilen, in denen wir schwierige Entwicklungen haben, hat sich die Zahl durch den Einsatz von Streetworkern und weiteren Maßnahmen deutlich verbessert. Diesen Weg wollen wir auch konsequent weitergehen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was könnte die Zahlen noch mit beeinflusst haben? Das ist ja in der Tat schwierig und da muss man sicherlich auch sehr vorsichtig in der Bewertung sein. Trotzdem aber – das will ich an dieser Stelle erwähnen – war die Aktion, kostenlose FFP2-Masken an Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahre zu verteilen, viel beachtet. Ganz so falsch kann es ja nicht gewesen sein, wenn man sich die Entwicklung und die Diskussionen der letzten Wochen anschaut.

Hiermit wurde, glaube ich, ein wichtiger Grundstein im Kampf gegen das weitere Infektionsgeschehen gelegt, und wenn meine Zahl mich hier nicht trügt, wurden 1,75 Millionen Masken verteilt. Dass nun auch bundesweit darauf gesetzt wird, zeigt, dass es eine richtige Maßnahme war. Es war richtig, dass Bremen frühzeitig auf diese Maßnahme gesetzt hat. Jede verteilte Maske hat vielleicht eine Infektion verhindert, vielleicht damit auch potenziell ein Leben geschützt, wir wissen es nicht, einen Platz auf der Intensivstation freigehalten oder auch nicht unsere zusätzlichen Kapazitäten belastet. Ja, die Aktion war nicht perfekt, und so sehr der Hohn bei manchen ja auch wie Schadenfreude in der Öffentlichkeit klang, es war absolut richtig, diese Aktion zu machen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die personelle Aufstockung der Scouts gewährleistet im Augenblick auch eine gute Kontaktnachverfolgung, anders als uns der CDU-Antrag das heute suggerieren möchte. In der Regel werden eine positiv getestete Person und deren Kontaktpersonen noch am selben Tag der Ergebnisübermittlung kontaktiert. Das Gesundheitsamt ist hier inzwischen wieder bei 100 Prozent Kontaktnachverfolgung.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Endlich!)

Ja, endlich, aber Sie suggerieren in Ihrem Antrag etwas anderes.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Nein, wir wollen das nur für die Zukunft auch sichergestellt wissen!)

Ich hoffe, und daran müssen wir gemeinsam bleiben, dass das für die Zukunft auch sichergestellt wird, selbstverständlich.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Dann können wir es ja auch beschließen!)

Meine Damen und Herren, auf die Stadtteile bin ich schon eingegangen, ich glaube, die Entscheidung, die Maskenpflicht in bestimmten Stadtteilzentren auszuweiten, war eine absolute richtige. Auch hier wollen wir, wenn nötig, die Informationslage für die Bevölkerung noch weiter verbessern. Wenn weitere Streetworker nötig sind, wenn weitere Menschen auf der Straße nötig sind, um die Bevölkerung aufzuklären, um diese Maßnahmen einzuhalten, dann werden dieser rot-grün-rote Senat und unsere Bürgerschaftsfraktion der Regierungskoalition diesen Kurs weiterhin intensiv unterstützen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Selbstverständlich ist Bremen da jetzt auch keine Insel der Seligen. Auch wenn diese genannten Maßnahmen die ersten Wirkungen zeigen, sind wir deutschlandweit in der Tat noch weit davon entfernt und auch noch von der Zielmarke 50 entfernt. Außerdem macht uns Sorge, was uns die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die neue Mutation des Coronavirus erzählen beziehungsweise noch nicht erzählen können, weil die Lage einfach noch sehr unklar ist, und deshalb müssen wir darauf reagieren. Ich will es kurz zusammenfassen: Deshalb ist es wichtig und auch richtig gewesen, dass sich die Regierungschefinnen und -chefs gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf eine Verschärfung der Regeln geeinigt haben. Die SPD-Fraktion unterstützt diese neuen Regelungen.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, wie im Beschluss festgehalten ist es wichtig, dass alle Anstrengungen auch gemeinsam erfolgen, denn bei sinkenden regionalen Inzidenzen besteht natürlich bei unterschiedlichen Maßnahmen in den verschiedenen Landkreisen auch die Gefahr, dass es zu Ausweichbewegungen der Bürgerinnen und Bürger kommt, die das Infektionsgeschehen wieder hochschnellen lassen. Die Fortführung des Lockdowns bis zum 14. Februar ist daher die logische Konsequenz. Bei den Maßnahmen wird aus unserer Sicht auch mit Augenmaß an den wichtigen und richtigen Stellen nachjustiert, während die bewährten Regeln bestehen bleiben, wozu beispielsweise die Kontaktbeschränkungen zählen. Weiterhin gilt, dass sich Personen eines Haushaltes mit einer weiteren Person treffen können. Ich glaube, noch weiter zu verschärfen würde nicht funktionieren und würde auch keine Akzeptanz finden, aber so wie es die FDP-Fraktion heute fordert, auch diese Regelung wieder auf fünf Personen zu erhöhen, das werden wir als Regierungskoalition heute nicht mittragen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

weil wir auch dabei bleiben, bei der Bewertung, die wir in den vergangenen Wochen hier abgegeben haben: Die gute Entwicklung in Bremen ist eine Momentaufnahme und das kann sich jeden Tag wieder verändern. Dieser rot-grün-rote Senat wird sich nicht auf diesen guten Inzidenzwerten ausruhen, sondern wird seinen strikten Kurs genauso weiterverfolgen, und deshalb macht es jetzt, liebe FDP-Fraktion, keinen Sinn, während sich alle Bundesländer darauf verständigt haben, diese Kontaktbeschränkungen bei einer Person zu belassen, sie zu erweitern und auf die fünf Personen wieder zurückzugehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Eine Verschärfung gibt es hingegen bei der Maskenpflicht. Fortan gilt, dass im ÖPNV und in den Einrichtungen der täglichen Versorgung das Tragen von medizinischen Masken oder Masken nach dem FFP2-Standard vorgeschrieben wird, und uns als SPD ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig – das hat auch der Bürgermeister betont –, dass dies nicht zu Lasten des Geldbeutels von Geringverdienern geht. Es muss gewährleistet sein, dass Personen mit niedrigem Einkommen die Masken ebenfalls erhalten können. Deswegen hat der Senat angekündigt, dass allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlose Masken zur Verfügung gestellt werden. Eine sehr gute Maßnahme, eine richtige Maßnahme, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Mit Blick auf die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen zeigt sich in der bundesweiten Diskussion, wie schwierig die Lage ist. Es ist immer eine Abwägung zwischen dem Infektionsschutz einerseits und dem Recht auf Bildung andererseits. Wir als SPD richten unser Augenmerk insbesondere auf jene Kinder, die keine ausreichende Unterstützung und Förderung im Homeschooling erhalten können, und weil der Anteil der Kinder, die in bildungsbenachteiligten Lebensumständen aufwachsen, im Land Bremen leider besonders hoch ist, gilt es, diese Kinder nicht allein zu lassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will es an dieser Stelle trotzdem noch einmal betonen, es bringt nichts, immer wieder von einem Sonderweg zu sprechen. Alles, was im Rahmen der MPK-Beschlüsse möglich ist, kann auch kein Sonderweg sein. Ich glaube, Sie versuchen mit diesem Begriff die Öffentlichkeit zu verunsichern. Ich glaube, das ist in dieser Pandemie, in dieser Situation nicht angebracht.

Der Weg in Bremen wird dahin fortgesetzt, dass die Schulen offen bleiben, wir halten das für richtig, während die Präsenzpflcht ausgesetzt wird. Dennoch sind wir auch im Bereich der Bildungspolitik angehalten, auf die neue Virusmutation zu reagieren. Deswegen möchte der Senat zum Beispiel im Bereich der Kindertagesbetreuung den eingeschränkten Regelbetrieb und in den Grundschulen und Förderschulen und den Klassen fünf und sechs ein Wechselmodell mit Halbgruppen, von dem sich der Senat erhofft, dass noch mehr Kinder das Angebot wahrnehmen.

Jetzt hat Kollege Röwekamp hier die Statistik von gestern mit erwähnt und Zahlen herausgegriffen. Ich glaube – das sage ich ganz offen –, diese Statistik hilft uns nicht weiter. Sie hilft uns nicht weiter, Kollege Röwekamp, weil Sie hier Zahlen zitiert haben, ich zitiere jetzt einfach einmal andere Stadtteile: In Schwachhausen liegt der Präsenzunterrichtsanteil bei den weiterführenden Schulen bei 50 Prozent, in Findorff liegt er bei 58 Prozent, in Osterholz, das wir immer gern als Vergleich nehmen, Schwachhausen und Osterholz, da liegt er bei 49 Prozent. Sehr aussagekräftig ist das für mich nicht. Wenn wir in den Grundschulbereich kommen, denn Sie haben ja die These mit aufgestellt, es kämen nicht die richtigen Kinder, liegt der Anteil in Gröpelingen bei 83 Prozent. 83 Prozent Präsenz, während er in Schwachhausen nur bei 66 Prozent liegt.

Deshalb sage ich hier ganz offen: Erstens, mit Ihrer Ausführung haben Sie, glaube ich, diese Auswertung nicht richtig wiedergegeben, und zweitens glaube ich, wenn, braucht man eine schulscharfe Auswertung in Bremen, um hier wirklich nachvollziehen zu können, wo gegebenenfalls noch nachgesteuert werden muss und wo nicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Natürlich brauchen wir in jeder Situation, in jedem Modell – ich betone noch einmal, es gibt in der Pandemie kein Richtig und Falsch –, auch wenn wir in die Halbgruppen gehen, eine Notbetreuung für die berufstätigen Eltern. Die haben Sie in Ihrem Antrag überhaupt nicht auf dem Schirm, die finden nämlich keine Erwähnung, weil Sie dort aufführen, welche Kinder dann den Präsenzunterricht genießen sollen, die berufstätigen Eltern haben Sie hier deutlich vernachlässigt, Herr Röwekamp!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ab der Klassenstufe sieben – das wurde bereits erwähnt – auch ein Wechselmodell mit Halbgruppenunterricht, und die Termine für die Abiturprüfungen sind sicherlich noch eine wichtige Diskussion.

Ja, auch uns haben Schülerinnen und Schüler angeschrieben mit berechtigter Sorge. Die einen bestätigen nämlich genau das, was wir bisher gesagt haben. Sie schreiben: Das, was wir bisher im Halbgruppenmodell – das ist auch eine bundesweite Diskussion – an Unterrichtsstoff vermittelt bekommen haben, das reicht nicht, damit wir unser Abitur schreiben können, diesen Stoff wollen wir nachholen, deshalb müssen wir den Abiturtermin verschieben.

Auf der anderen Seite gibt es die Schülerinnen und Schüler, die sagen, wir wollen diesen Termin nicht verschoben haben, weil wir bereits andere Pläne haben. Auch das wird ein ganz schwieriger Abwägungsprozess, aber wir müssen hier im Sinne der Kinder beziehungsweise der Schülerinnen und Schüler denken und werden da sicherlich auch zu einer sinnvollen Lösung kommen.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, als einen Beitrag zum Infektionsschutz und gegen die Ausbreitung des Infektionsgeschehens an den Schulen bietet die Senatorin im Übrigen freiwillige Radartestungen für alle Beschäftigten sowie für alle Schülerinnen und Schüler durch mobile Testungen an. Ich glaube, das ist auch bundesweit einmalig neben den anderen Testungen. Die kostenfreien PCR-Testungen, nicht einmal Schnelltests, wirklich PCR-Testungen, im Januar haben ja zumindest eine erfreuliche Entwicklung gezeigt. Ich sage nicht, dass es eine gute Entwicklung ist, ja, jede Infektion ist eine Infektion zu viel, aber trotzdem, von über 18 000 getesteten Personen waren nur 0,3 Prozent positiv, das zeigt zumindest ein reelles Bild davon, dass die Schulen bisher nun einmal nicht die Infektionstreiber sind.

Eine weitere Anpassung betrifft das Arbeiten im Homeoffice, die will ich hier nicht unerwähnt lassen. Hier gibt es aufgrund der Corona-Arbeitschutzverordnung vom Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, die bis zum 15. März 2021 gilt, eine Aufforderung, dass Unternehmen dort, wo es möglich ist, Homeoffice auch möglich machen, sofern die Tätigkeit es zulässt. Ziel ist es, die Kontakte, die mit dem Berufsleben verknüpft sind, zu reduzieren. Das kann am Arbeitsplatz sein oder auf dem Weg zur Arbeit.

Wir als SPD-Fraktion finden diese Maßnahme richtig, denn die persönlichen Einschränkungen jeder und jedes Einzelnen im Privaten sind bereits sehr weitgehend und sollten durch einen guten Gesundheitsschutz auf der Arbeitsstelle flankiert sein. Wenn es möglich ist, von zu Hause zu arbeiten,

dann sollte dies auch gewählt werden, um das Risiko einer Infektion für sich und andere möglichst gering zu halten. Uns ist dabei aber wichtig, dass in den Betrieben, in denen Homeoffice nicht möglich ist, strikte betriebliche Arbeitsschutzregeln gelten. Dazu gehören ausreichende Abstände, die Einteilung in feste Arbeitsgruppen, sofern möglich, und das Bereitstellen von medizinischen Masken.

Meine Damen und Herren, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil drängt ja schon länger auf eine generelle Regelung für das mobile Arbeiten und das Arbeiten von zu Hause. Dabei muss natürlich auch geprüft werden, welche Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getroffen werden müssen. Vorgesehen sind ja zum Beispiel unter anderem Regelungen für die Unfallversicherung.

Die Verlängerung des Lockdowns bedeutet für viele Unternehmerinnen und Unternehmer in Bremen und Bremerhaven, dass ihre Betriebe weiterhin geschlossen bleiben müssen. Wir steuern deswegen noch einmal bei der Überbrückungshilfe III nach. Die Zugangswege sollen einfacher werden, die Auszahlung soll beschleunigt werden und die Förderung soll passgenauer werden. So wurde in den vergangenen Tagen oft diskutiert, dass der Einzelhandel auf seiner Wintersaisonware sitzen bleibt, und deswegen wird der Bund die handelsrechtlichen Abschreibungen auf nicht verkäufliche Saisonware bei den Fixkosten berücksichtigen.

Ebenfalls positiv zu bewerten ist, dass Investitionen in die Digitalisierung, zum Beispiel für die Erstellung von Online-Shops, als förderfähige Fixkosten gelten, sodass bis zu 20 000 Euro pro Monat erstattet werden können. Zudem ist es sinnvoll, dass die Zugangswege für die Überbrückungshilfe III vereinfacht werden. Die monatlichen Förderhöchstbeträge für Unternehmen und Solo-Selbständige werden dabei deutlich angehoben und in der Konsequenz können Unternehmen nun bis zu 1,5 Millionen Euro Überbrückungshilfe pro Monat erhalten. Wir halten diese Unterstützung für richtig, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, wir sehen leider auch, dass viele Unternehmen in großen finanziellen Nöten sind und die Auszahlung der Hilfgelder in den vergangenen Monaten teilweise zu schleppend erfolgt ist. Dass der Bund nun endlich die Abschlagszahlungen deutlich vornimmt und diese direkt vorwegnimmt, ist, glaube ich, auch dringend notwendig. Die Abschlagszahlungen der Überbrückungshilfe III sollen im Februar vom Bund ausgezahlt werden. Die Länder

werden dann die regulären Auszahlungen ab März starten können.

Meine Damen und Herren, die gute Nachricht des Papieres ist, Bund und Länder unternehmen gemeinsame Anstrengungen, damit bis zum Ende des Sommers allen Impfwilligen ein Angebot unterbreitet werden kann. Die Diskussion um die Lieferung, um die Lieferengpässe, wer hat wann zu früh bestellt – ich glaube, das ist ein Trauerspiel zwischen Merkel, Spahn und von der Leyen. Das will ich gar nicht weiter kommentieren. Ich glaube aber auch, diese Diskussion, welche Fehler da gemacht wurden, ist erlaubt.

Wir wollen – und hoffen, dass genügend Impfstoff zur Verfügung steht – im nächsten Schritt erreichen, dass Mitte Februar 2021 alle Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen in Bremen geimpft werden können. Die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen sind besonders schutzbedürftig. Hier zeigt sich leider immer wieder, dass trotz strikter Maßnahmen Ausbrüche wie kürzlich in Woltmershausen nicht verhindert werden konnten. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen auch weiterhin sehr penibel eingehalten werden können.

Leider sehen wir an vielen Stellen, dass die Akzeptanz für das Impfen in der Bevölkerung und gerade auch bei den Beschäftigten in Alten- und Pflegeheimen noch vergleichsweise niedrig ist. Deswegen reicht es uns nicht, liebe CDU-Fraktion, wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben, die Bevölkerung um eine Teilnahme an der Impfung zu bitten. Das Land Bremen erarbeitet eine Kampagne, um aufzuklären und um die Impfbereitschaft zu erhöhen. Warum Sie sich dann ausgerechnet in der Deputation beim Thema Impfkampagne bei der Vorlage enthalten, das müssen Sie mit Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit in Einklang bringen.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, um den Fragen und Sorgen der Menschen zu begegnen, stehen auch weiterhin das sogenannte Impfcallcenter, aber auch das Bürgertelefon in Bremen und das Gesundheitsamt zur Verfügung. Es ist besonders wichtig, dass hier ein Angebot da ist, wenn die Menschen in Bezug auf die Impfung Sorgen haben, denn die Impfung – und das wurde hier bereits gesagt, das will ich aber auch noch einmal unterstreichen – ist der einzige Weg aus dieser Krise.

(Beifall SPD)

Wir müssen weiter gemeinsam im Schulterschluss mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft daran arbeiten, dass die Inzidenzwerte sinken, und dafür brauchen wir keinen Dringlichkeitsantrag der CDU. Den werden wir ablehnen. Ich fand es auch bemerkenswert, Herr Röwekamp, dass entgegen der Diskussionen in der Vergangenheit, bei denen wir uns interfraktionell, zumindest unter den demokratischen Parteien, gegenseitig immer das Angebot gemacht haben, hier einen gemeinsamen Antrag einzubringen, dieses Angebot von Ihrer Seite dieses Mal nicht erfolgt ist. Von unserer Seite, als wir einen Antrag eingebracht haben, ist das erfolgt.

Das zeigt noch einmal – ich hoffe, dass sich diese Entwicklung nicht manifestiert –, dass Sie sich hier vielleicht von einem gemeinsamen Kurs verabschieden wollen. Ich glaube, das wäre deutlich der falsche Weg. Von daher: Wir vertrauen auf den Fahrplan unseres Senats, wissen aber auch, nur wenn jede und jeder verzichtet und einen Beitrag leistet, ist dieser Weg der einzige, der aus der Pandemie herausführt. Die Zielmarke 50 ist erreichbar, aber dafür müssen wir alle Kräfte bündeln. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Björn Fecker das Wort.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erneut eine Ministerpräsidentenkonferenz, erneut eine Sondersitzung dieses Hauses. Das neue Jahr beginnt, wie das alte endete. Obwohl Bremen und Bremerhaven im Vergleich zu anderen Bundesländern immer noch niedrigere Inzidenzwerte aufweisen, sind auch unsere Zahlen von der Normalität und der Zielsetzung ein gutes Stück entfernt. Die 80 ist eben nicht die neue 50, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen gilt es auch in den kommenden Wochen sich nicht darauf auszuruhen, nicht nachzulassen, sondern gemeinsam und gegenseitig an unser aller Schutz zu arbeiten. 50 642 COVID-19-Todesfälle weist das RKI am heutigen Tag auf seiner Homepage aus. Wie surreal, wie abstoßend muss auf die Angehörigen, auf ihre Freunde, Freundinnen und Weggefährten das laute und niveaulose Getöse all derer klingen, die offen zum Widerstand gegen eine Coronadiktatur aufrufen. Ich setze das ganz bewusst an den Anfang, weil es den meisten von uns bei all dem politischen Streit, den wir hier austragen, das verspreche ich auch gleich noch, um den Streit in der Sache geht. Es geht um das Ringen

um die beste Lösung und nicht das Leugnen von Fakten, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Deutschen empfinden die derzeitige Lage zunehmend als Belastung und gleichzeitig schwindet die Zustimmung zum Krisenmanagement von Bund und Ländern. Das, und die Erfahrungen der letzten Wochen machen deutlich: Wir müssen die Maßnahmen gut begründen, gut erklären und noch wesentlich mehr informieren. Es ist eine gefährliche Mixtur, wenn die Sorglosigkeit der letzten Wochen auf eine deutlich ansteckendere Virusmutation trifft. Diese Mutation ist der Grund, warum die Ministerpräsidenten schon nach 14 Tagen wieder mit der Kanzlerin zusammenkamen. Wir tragen die dort getroffenen Verabredungen ebenso wie die Coronaverordnung des Senats im Großen und Ganzen mit, trotzdem würde ich gern auf einige Aspekte gesondert eingehen.

Bundesarbeitsminister Heil hat eine Verordnung erlassen, wonach ein Recht auf Homeoffice beziehungsweise mobiles Arbeiten in den Bereichen ermöglicht werden muss, in denen es machbar ist. „Endlich!“, möchte man zurufen. Zu lange wurden den Infektionsgefahren am Arbeitsplatz selbst oder auf dem Weg dorthin nicht genug Beachtung geschenkt. Wir sehen die Unternehmen in der Pflicht, für einen möglichst wirksamen Infektionsschutz zu sorgen und ihrer Fürsorgepflicht als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nachzukommen. Dazu gehört in der jetzigen Phase der Pandemie mobiles Arbeiten von zu Hause so oft und so lange es möglich ist, entzerrte Schichten, Stundenreduzierung, aber auch verstärkte Kontrolle in den Betrieben, meine Damen und Herren!

Uns als Grünen ist klar, dass trotzdem viele Menschen ihre Arbeit nicht von daheim erledigen können, aber auch die haben einen Anspruch auf sichere Arbeitsbedingungen. Deswegen braucht es aus Grüner Sicht schnellstmöglich einen vom Senat einberufenen „Sicher arbeiten“-Gipfel, um gemeinsam mit den bremischen Unternehmen, Arbeitgebern und Gewerkschaften notwendige Maßnahmen zu beraten, um das Infektionsrisiko am Arbeitsplatz auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Wir würden uns freuen, Frau Senatorin Vogt, wenn Sie als Arbeits- und Wirtschaftsministerin unsere Idee aufgreifen würden.

Auch beim öffentlichen Personennahverkehr arbeitet der Senat, arbeitet die Bremer Straßenbahn AG am Limit. Mit viel Einsatz wurden private Busunternehmen gefunden und in die Planungen eingebaut. Wer sich die Berichte anschaut, wie immer wieder flexibel auf die Entwicklungen reagiert

wird, der sieht, dass es sich der Senat mit der Situation im ÖPNV keineswegs leicht macht, sondern im Gegenteil mit großer Sorgfalt und großem Engagement schaut, dass wir auch in den Bussen und Bahnen einen bestmöglichen Schutz gewährleisten können, meine Damen und Herren.

Die meisten Menschen in unserem Land sind bereit, vieles zu tragen. Dafür erwarten sie aber zu Recht einen funktionierenden Staat. Das Warten auf monatelang versprochene Wirtschaftshilfen oder mangelnde Nachverfolgungen von Kontakten waren am Anfang der Pandemie sicher nachvollziehbar. Heute sind sie es nicht mehr. Aus der Pandemie erwächst eine Aufgabe für die Zukunft, nämlich Verwaltung noch effizienter, noch digitaler und zugleich bürgernäher zu machen. Hier erwarte ich vom Senat bei den anstehenden Maßnahmen für den Bremen-Fonds klare Signale.

Kein Thema ist so umstritten wie die Frage des Umgangs mit den Schulen, nicht nur im Bundesland Bremen. Die Debatte wird überall geführt und zwar bunt in den politischen Farben, wenn Sie mir diesen Hinweis gestatten. Man wird sie nicht, das ist klar, zur Zufriedenheit aller lösen können. Das merkt man an den unterschiedlichen Zuschriften, die uns in den letzten Tagen und Wochen erreicht haben. Diese Haltungen haben jede für sich ihre Berechtigung. Zu Recht fragen sich die an Schulen und Kitas Beschäftigten, wie an ihrem Arbeitsplatz der bestmögliche Arbeitsschutz gewährleistet werden und aussehen kann, gleichzeitig sehen diese vielen Beschäftigten, was die Pandemie mit den Kindern und Jugendlichen macht, für die sie eine Verantwortung verspüren.

Schülerinnen und Schüler fragen sich aus gutem Grund, ob der Besuch der Schule sicher ist, ob die Form des Distanzlernens für sie die bestmögliche ist oder sie nicht doch die Interaktion, das Gemeinsame im Klassenraum benötigen, um bestmögliche Lernerfolge zu erzielen. Eltern danken uns auf der einen Seite, dass Kitas und Schulen geöffnet sind und sie damit nicht im extremsten Fall um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, auf der anderen Seite kritisieren uns andere Eltern, weil die Klassen aus ihrer Sicht zu voll sind oder die Sorge besteht, dass beim Homeschooling wichtiger Unterrichtsstoff verpasst wird. Die jetzt gefundene Lösung bedeutet durch kleinere Gruppen an den Schulen mehr Infektionsschutz als bisher, gleichzeitig sichert sie allen die Möglichkeit eines Schulbesuchs. Wir finden, eine am Ende sinnvolle Lösung der unterschiedlichen Interessenslagen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich sehr deutlich sagen, dass wir die Ausnahmen des Senats für die Kontaktbeschränkungen der Kinder bis zwölf Jahre ausdrücklich für richtig und unerlässlich finden, weil es große Erleichterungen für die Familien und für die Kinder selbst bedeutet. Das, meine Damen und Herren, ist eine Erfahrung des ersten Lockdowns, die in die jetzigen Coronaverordnungen einfließt und bei der der Senat uns fest an seiner Seite weiß.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Der Senat hat entschieden, allen Menschen im Land Bremen von 16 bis 59 Jahren kostenlos Masken zur Verfügung zu stellen. Die dahinterstehenden Botschaften teilen wir. Die Lage ist ernst und wenn der Staat allen Menschen diese Masken zur Verfügung stellt, macht das deutlich, dass es wirklich eine wichtige und ernsthafte Situation ist, aber es ist auch ein Zeichen, dass das Land sicherstellt, dass niemand aufgrund seiner oder ihrer finanziellen Situation von der Nutzung des ÖPNV oder von dem Besuch von Einkaufsmärkten ausgeschlossen ist. Ich würde sagen, von den hier Anwesenden sind wir alle in der Lage, uns diese FFP2-Masken oder die Masken, die kommen werden, selbst zu beschaffen. Das heißt nicht, dass man sie behalten muss, sondern man kann sie weitergeben an diejenigen, die vielleicht finanziell an der Grenze sind, wo Hilfe benötigt wird. Ich glaube, auch da können wir alle gemeinsam eine solidarische Leistung tragen, meine Damen und Herren.

Damit gehen wir insgesamt einen anderen Weg als Bayern. Das ist schon ganz interessant: Eine FFP2-Maskenpflicht im ÖPNV zu verhängen, ohne sicherzustellen, dass vor Ort überhaupt ausreichend vorhanden sind und zweitens, ohne überhaupt an die ärmeren Menschen zu denken. Das ist ein besonderes Zeugnis christlicher Nächstenliebe.

Durch die Vorgaben für die Nutzung der Masken, angesichts steigender Kosten in der Pandemie und eben nicht nur durch die Maskenpflicht, wird klar, es braucht endlich eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes, hier sehen wir Grünen dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Diesen, seien wir ehrlich, sehen wir auch bei der stärkeren Nutzung von Schnelltests. Es ist gut, dass die Apotheken einbezogen wurden, was wir aber zügig brauchen, ist die Freigabe der sogenannten Selbsttests. Der bisherige Weg der Schnelltestung mit einem tiefen Nasenabstrich, ich weiß nicht, wer von Ihnen das schon einmal genossen hat, ist nur über geschultes Fachpersonal möglich und wirkt zu

eingegrenzt. Studien belegen, dass Selbsttestungen im vorderen Nasenbereich im Ergebnis eine annähernd gleiche Sicherheit bringen wie ein herkömmlicher Schnelltest. Über den Verkauf in Drogerien könnten sie allen Menschen zugänglich gemacht werden und bei der Bekämpfung der Pandemie helfen. Jens Spahn, das ist also keine Fecker'sche Idee, Jens Spahn hatte sie im September des letzten Jahres angekündigt, nun ist es endlich an der Zeit, denn so kann zusätzliche Sicherheit geschaffen und die Anzahl der Testungen noch einmal deutlich erhöht werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Zusätzlich zur Maskenpflicht und der Einführung von Selbsttests schlagen wir vor, dass in Abstimmung mit dem Einzelhandel und nicht, wie von der CDU gefordert als Erlass, der Einzelhandel in der Zeit von 9.30 Uhr bis 11.00 Uhr beispielsweise nur von Menschen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, genutzt werden soll. So kann verhindert werden, dass diese Risikogruppen vermehrt Kontakten ausgesetzt sind. Erledigungen von täglichem Bedarf können risikovermindert und selbstständig getätigt werden, auch das ist aus unserer Sicht eine Initiative wert, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wie schnell wir aus der Krise kommen, wird mehr und mehr auch eine Frage des vorhandenen Impfstoffs. In einer Allianz mit der Privatwirtschaft, Hilfsorganisationen und öffentlichen Gesellschaften, die sollten wir an der Stelle nicht vergessen, wurde innerhalb kürzester Zeit in Bremen ein Impfzentrum aufgebaut, auch in der Seestadt Bremerhaven wurde rasch und konsequent gehandelt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch die Entscheidung des Senats loben, älteren Menschen für die Fahrt vom und zum Impfzentrum einen Taxigutschein zur Verfügung zu stellen. So sind ältere Menschen nicht genötigt, unnötige Kontakte einzugehen und gleichzeitig wird eine ebenfalls notleidende Branche sinnvoll unterstützt.

Aus Sicht der Grünen ist es absolut richtig, die Frage des Impfstoffes auf europäischer Ebene zu lösen und keinen nationalen Alleingang zu unternehmen. Solidarität und Gemeinschaft stehen für uns auch in Europa an der ersten Stelle. Meine Damen und Herren, vergessen wir nicht die ärmeren Länder der Welt, die von den Impffzahlen und von den Impfstoffzahlen, die wir derzeit haben, wirklich nur träumen können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

In der letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft habe ich die Einführung eines Stufenplans gefordert, der klar festlegt, welche Maßnahmen bei welchem Stand des Infektionsgeschehens greifen. Man könnte den Beschluss der Ministerpräsidenten so deuten, dass zumindest die Diskussion über das „Wie“ eröffnet wurde, denn die Chefs der Senats- und Staatskanzleien wurden beauftragt, bis zum 14. Februar eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie zu erarbeiten. Sicher und gerecht. Wir dürfen gespannt sein, denn diese Diskussion ist notwendig und sinnvoll, damit wir nicht nur, neuerdings alle zwei Wochen, über Verschärfungen diskutieren, sondern auch Perspektiven aufzeigen. Denn bei all der Sorge und Belastung, die die Menschen umtreibt, gibt es gute Gründe, zuversichtlich zu sein, das Tempo bei der Entwicklung der Impfstoffe ist enorm. Die immer noch ausgeprägte Solidarität, die Bereitschaft, sich zu unterstützen und trotz knappen Personals in den Gesundheitsämtern, in der Pflege und in den Krankenhäusern und in vielen anderen Bereichen unseres Landes, Menschen zu helfen, all das macht deutlich, dass wir uns dieser Aufgabe gemeinschaftlich stellen und diese Herausforderungen auch gemeinsam bewältigen werden. – Haben Sie Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir alle merken das: Die Dauermaßnahmen, die Ungewissheit, die geringen sozialen Kontakte, all das macht uns müde. Es demotiviert, sich von Verlängerung zu Verlängerung zu hangeln und kaum Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Es macht traurig, wenn man sieht, dass jeden Tag eintausend Menschen an und oder mit Corona sterben, denn hinter jeder Zahl stehen Schicksale, Familien und hinterlassene Angehörige. Es bereitet Sorge, wenn wir von mehreren Virusmutationen hören, die noch ansteckender als das Virus sind, an das wir uns mittlerweile fast gewöhnt haben. Es macht Zukunftsangst, wenn der Minijob ohne irgendeine Form von Hilfsprogramm weggefallen ist und völlig unklar ist, ob er jemals wieder existieren wird. Ich kann völlig verstehen, wenn Menschen Durchhalteparolen nicht mehr hören können, aber es war immer klar, dass Anfang 2021 die schwierigste Phase in der Pandemiebekämpfung wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Licht am Ende des Tunnels. Die Impfungen schreiten voran.

Die befürchtete Feiertagswelle nach Weihnachten ist im Bundesdurchschnitt ausgeblieben. Während wir eine Woche vor Weihnachten noch 29 000 Neuinfektionen pro Tag hatten, sind wir jetzt bundesweit bei circa 15 000 angelangt, das ist fast eine Halbierung. Im Bundesland Bremen ist die Entwicklung besonders erfreulich. Von Sieben-Tage-Inzidenzen von über 250 Mitte November, stehen wir nun, Stand gestern, bei 73,8. Auch in den Stadtteilen, die von der Fraktion der CDU noch im November kulturalistisch stigmatisiert wurden, hat sich die Inzidenzlage stabilisiert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein wesentlicher Verdienst der Menschen in Bremen und Bremerhaven, die offenbar die Appelle zum solidarischen Abstand ernst genommen haben. Das liegt aber auch daran, liebe Kollegen und Kolleginnen, dass sehr viele Menschen tagtäglich alles geben, um die Pandemie zu bewältigen. Die Pflegekräfte in den Krankenhäusern und Altenheimen, die an der Front kämpfen, die Erkrankten pflegen und die Menschen mit hohem Risiko schützen, aber auch das Gesundheitsamt, das schon seit Dezember mit Hilfe der Scouts die Kontaktnachverfolgung zu einhundert Prozent sicherstellt,

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

das Gesundheitsressort, das mit Hilfe vieler Externer innerhalb kürzester Zeit ein Impfzentrum und Ambulanzen, mobile Impfteams etabliert hat, die inzwischen 14 000 Personen geimpft haben. Die Apothekerinnen und Apotheker, die Masken verteilt haben und diejenigen, die eine kostenlose Maskenversendung von FFP2-Masken bewerkstelligen werden. Die Erzieherinnen und Erzieher, die trotz Infektionsrisiko Kinder betreuen und ihnen Zuwendung geben. Oder auch die Lehrkräfte, die sich innerhalb kürzester Zeit auf Wechselmodell, Hybridunterricht, iPads et cetera eingestellt haben. Die Liste ließe sich noch um einiges verlängern. Gemeint sind alle die, die helfen, mit der Pandemie und ihren Folgen zurechtzukommen, sie alle verdienen es, gesehen und honoriert zu werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Obwohl Bremen vergleichsweise gut dasteht, dürfen auch wir uns natürlich nicht in Sicherheit wiegen, das wurde bereits mehrfach gesagt. Ein Blick nach Irland genügt, um zu zeigen, dass das Virus mit Mutationen innerhalb kürzester Zeit die Inzidenzwerte explosionsartig steigen lassen kann. An dieser Stelle ist Vorsicht tatsächlich besser als Nachsicht, deshalb sind leider auch in Bremen verlängerte und zusätzliche Maßnahmen notwendig.

Ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen ist in dem Zusammenhang richtig. Gleichzeitig ist es angezeigt, einen Korridor zu verabschieden, der lokale Spielräume zulässt. Denn es macht einen Unterschied, ob man Inzidenzen des Burgenlandkreises mit 504 hat, die der Stadt Bremen mit 71 oder von Rotenburg/Wümme mit 38. Schon der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit gebietet in diesen Fällen, unterschiedlich weitgehende Einschränkungen vorzunehmen und entsprechende Korridore zu verabschieden, genau wie es die MPK auch gemacht hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

In diesem Zusammenhang finde ich es äußerst befremdlich, wenn die Fraktion der CDU immer und immer wieder von einem angeblichen Bremer Sonderweg spricht. Es wird auch nicht wahrer, je öfter man das wiederholt, denn ein Einheitsweg wäre vor den beschriebenen unterschiedlichen lokalen Ausgangssituationen nicht das Richtige.

Richtig ist, Bremen hält sich auch im Bereich Bildung an die Beschlüsse der MPK, seit dem 15. Dezember ist die Präsenzpflcht aufgehoben und das bleibt sie vorerst auch. Richtig ist aber auch, wir müssen auf die Kinder achten, die schon seit fünf Wochen nicht mehr in der Schule waren, um Infektionen zu vermeiden. Die letzte MPK hat die Vorweihnachtsregelungen verlängert und so setzt auch Bremen fortgesetzt die Präsenzpflcht aus und strebte die freiwillige Teilnahme an Präsenzangeboten an. Um die Ferien herum, also eine Woche davor und drei Wochen danach finde ich das in Ordnung. Ehrlich gesagt, im Gegensatz zu einigen Stimmen, die von einer Bürde für die Eltern sprechen oder von einem Delegieren, möchte ich sagen, dass ich es auch als eine Möglichkeit für die Eltern sehe, entsprechend ihrer eigenen Situation, der Lage in der Familie, der Frage, ob die Kinder soziale Kontakte und Präsenzunterricht benötigen, ob es pflegebedürftige Angehörige in der Familie gibt, ob sich die Betreuung zu Hause ermöglichen lässt, zu entscheiden. Das ist auch eine Freiheit für die Eltern, die man durchaus positiv thematisieren kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Diese individuelle Entscheidung bei gleichzeitigen Distanzangeboten und Schutzmaßnahmen in der Schule war, wie gesagt, für eine Zeit gut. Man kann nicht sagen, dass die Auswertung der Zahlen der Kinder, die in dieser Zeit in den Schulen präsent waren, auf eine große soziale Spaltung hinweisen, aber auf Dauer kann die Bildungsschere durch ein solches, freiwilliges Modell auseinandergehen, wenn einige Schülerinnen oder Schüler vom 15.

Dezember bis in drei Wochen, Stand jetzt, oder bis zum 15. Februar dieses Modell fortführen und dann die Schule sechs Wochen gar nicht besuchen würden. Deshalb ist es jetzt richtig, Wechselmodelle und Teilgruppen für alle Jahrgänge einzuführen, um alle Schülerinnen und Schüler zumindest teilweise in den Schulen zu haben. Das bringt mehr Verbindlichkeit ins System, Planungssicherheit für die Lehrkräfte und Sicherheit für die Familien.

Herr Röwekamp, wenn man von dem rhetorischen Popanz, den Sie eben errichtet haben, in dem Sie von Versagen gesprochen haben, in dem Sie davon gesprochen haben, dass der flächendeckende Unterricht nicht mehr gewährleistet werden könnte, wenn man diesen Popanz abzieht und auf den Inhalt dessen, was Sie gefordert haben, zurückkommt – –. Wenn Sie fordern, dass ein einheitliches Vorgehen zwischen Bremen, Bremerhaven und bundesweit stattfinden soll, wenn Sie fordern, dass Hybridunterricht und Distanzunterricht gewährleistet werden soll, dann kann man sagen, das war doch ein Appell für den Bremer Weg, denn eines ist klar,

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

egal ob in Distanz oder in Präsenz, der Unterricht war in Bremen zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Das in Abrede zu stellen, das streut wirklich Sand in die Augen der Menschen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Bremer Weg, der jetzt beschlossen wurde und ab dem 1. Februar umgesetzt wird, bedeutet weitere Einschränkungen von Präsenzangeboten, aber gleicher verteilt und zwar insbesondere für die Jahrgänge eins bis sechs. Im Kita-Bereich, das wurde bereits gesagt, wird flächendeckend die Reaktionsstufe zwei mit der eingeschränkten Regelbetreuung eingesetzt, auch das ist schon eine Einschränkung. Ich verstehe die Erzieherinnen und Erzieher, die mehr Infektionsschutz einfordern. Kitas und Schulen haben sich zwar nach der Reihentestung bei weitem nicht als Infektions-Hotspot herausgestellt, von 18 500 Tests an Kitas und Schulen sind 58 positiv ausgefallen, das sind gerade einmal 0,31 Prozent, auch das wurde bereits gesagt, trotzdem, und auch das muss beachtet werden, sind Erzieherinnen und Erzieher die Berufsgruppe mit dem höchsten Infektionsrisiko. Wir als Fraktion DIE LINKE begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass Erzieherinnen und Erzieher an der Reihentestung teilnehmen konnten und auch weiterhin teilnehmen werden.

Wenn die Träger Schutzmaßnahmen wie Luftfilter und Masken finanziert bekommen und bei der Behörde abrechnen können, dann muss das auch passieren. Ich persönlich kenne keine Einrichtung, in der ein Luftfilter vorhanden ist und, auch das muss gesagt werden, auch die Teilnahme an den Reihentestungen ist noch ausbaufähig. Insofern ist man gefordert, die bestehenden Angebote, die der Senat durch die Träger und durch die Testung macht, auch in Anspruch zu nehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir fordern aber auch Nachbesserungen sowohl in Bremen, als auch auf Bundesebene. Wir sind der Auffassung, dass die Reaktionsstufe drei in den Kitas viel früher greifen sollte, und nicht erst wenn bereits viele Beschäftigte in Quarantäne sind. Außerdem fordern wir, dass Erzieherinnen und Erzieher in der nationalen Impfstrategie besser berücksichtigt werden. Sie sind zurzeit gemeinsam mit den über 60-Jährigen in der dritten Kategorie, obwohl sie laut einer AOK-Studie die Berufsgruppe mit dem höchsten Infektionsrisiko überhaupt sind. Unserer Auffassung nach müssen sie deshalb in Kategorie zwei eingestuft werden und mindestens gleichzeitig mit Polizistinnen und Polizisten geimpft werden können.

(Beifall DIE LINKE)

Beim Impfen gab es eine rege Debatte, in der der Bundesregierung häufig vorgeworfen wurde, nicht rechtzeitig und ausreichend Impfstoff gekauft zu haben. Ich muss sagen, dieses Wahlkampfgetöse, das nicht nur zwischen CDU-Ministern, sondern auch teilweise von der Bundes-SPD kam, hat mich etwas irritiert. Ich lobe die Bundesregierung nicht übermäßig oft, aber dass sie sich an die europaweit gemeinsame Bestellung und Beschaffung von Impfstoff gehalten hat und nicht ihre Finanzkraft ausgenutzt hat, um auf Kosten finanzschwächerer Länder so viel Impfstoff wie möglich zu erhalten, das finde ich absolut richtig.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Noch solidarischer wäre es, wenn die Bundesregierung sich dafür einsetzten würde, dass Impfstoff weltweit günstig verfügbar ist. Schon im Oktober forderten 99 Schwellen- und sich entwickelnde Länder kostenlose Lizenzen für Impfstoffe. Die EU, die USA und andere Länder lehnen das nach wie vor ab, obwohl es das internationale Recht hergibt; die WTO-Regelungen erlauben, dass zur Pandemiebekämpfung Patentrechte ausgesetzt werden. Das ist ein dringendes Gebot der Solidarität und auch der Pandemiebekämpfung, die bekanntermaßen an Grenzen keinen Halt macht.

(Beifall DIE LINKE)

Die Intensität, mit der in der veröffentlichten Meinungsbildung, aber auch hier in der Bürgerschaft die Maßnahmen im Bildungsbereich diskutiert werden, fehlt mir manchmal, wenn es um den Bereich der Arbeitswelt geht. Wir haben private Kontakte mit der Regel „ein Haushalt plus eine Person“ extrem eingeschränkt. Das gesamte soziale und kulturelle Leben liegt seit Mitte November brach. Der Einzelhandel ist seit Mitte Dezember geschlossen. Die Kinder haben seit dem 16. März letzten Jahres, wenn sie nie in Kohorten-Quarantäne waren, zwischen zehn und 18 Wochen Schule verpasst, das ganze Schuljahr hat circa 40 Wochen. Die Schülerinnen und Schüler haben bereits einen enormen Beitrag zur Pandemiebekämpfung geleistet, indem sie seit März auf rund ein Viertel des fehlenden Präsenzunterrichts verzichtet haben. Es sind im Wesentlichen die Frauen, die die Schul- und Kitaschließungen aufgefangen haben, oft unbezahlt, sicher unterbezahlt, denn betreuungsbedingte Einnahmeausfälle werden nur zu 67 Prozent kompensiert. Die Familien haben teilweise ihre gesamten Urlaubsansprüche aufgebraucht, haben Homeoffice und Homeschooling gleichzeitig geleistet oder ihre Jobs riskiert. Die Schulen wurden sehr früh und sehr lange geschlossen. Wenn es jetzt darum geht, weitere Kontakte und Begegnungen einzuschränken, dann sind nach wie vor, auch zehn Monate später, wieder nur die Schulen im Fokus und dann ganz lange nichts.

Das und die Testergebnisse aus der Flächentestung in Bremen berücksichtigend, empfinde ich es als krasse Schiefelage, dass über Betriebe so wenig diskutiert wird. Dabei sind Arbeitsstätten der Bereich, in dem nach wie vor viele Kontakte stattfinden. In dem Zusammenhang hätte ich mir eine klare Homeoffice-Pflicht für Tätigkeiten gewünscht, die zu Hause verrichtet werden können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist absolut unverständlich, dass nach Angabe der Hans-Böckler-Stiftung im November 2020, also über ein halbes Jahr nach Beginn der Pandemie, nur 14 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice waren, während im April, zu Beginn der Pandemie, 27 Prozent von zu Hause arbeiteten. Es passt nicht zusammen, wenn das Bundeskanzleramt Schulen erneut komplett schließen will, während die Regelungen in Unternehmen nach wie vor butterweich sind. Auch im Antrag der Fraktion der CDU findet sich kein einziger Punkt dazu. Das ist bezeichnend, glaube ich. Die Linie der CDU in Bremen und im Bund passt zur Kritik der Arbeitgeber an der Homeoffice-Pflicht, Nordmetall bezeichnete das als

unverhältnismäßige Maßnahme. Auch die Bremer Handelskammer hat gefordert, den Unternehmen keine weiteren Auflagen zu machen. Sich schon beim Homeoffice zu sträuben, finde ich in dieser Lage der Pandemiebekämpfung wirklich bemerkenswert, denn es geht nicht um den unmittelbaren Schutz der Beschäftigten, nicht nur, sondern es geht auch um die Entlastung des ÖPNVs, um weniger Personen in Fahrstühlen oder den Rauchercken der Betriebe.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat in einer Untersuchung festgestellt, dass nicht nur Beschäftigte, die berufsbedingt viel mit Corona-Infizierten zu tun haben, wie zum Beispiel Pflegekräfte, erhöhte Infektionsrisiken haben, sondern auch solche, die beengt arbeiten, insbesondere in der Leiharbeit. Hier braucht es mehr Debatten darum, wie betrieblicher Infektionsschutz geschaffen werden kann, es braucht mehr Regulierung und wenn nötig auch mehr Einschränkungen. Stattdessen werden den immer gleichen Gesellschaftsgruppen noch weitere Einschränkungen abverlangt.

Im Gespräch waren sogar sogenannte Ausgangssperren und die sogenannte 15-Kilometer-Leine. Abgesehen davon, dass ich diesen Begriff wirklich furchtbar finde, als würde man angeleint, wäre das für Bremen aus unserer Sicht inakzeptabel gewesen. Wir haben im Vorfeld deutlich gemacht, dass wir verfassungsrechtliche Bedenken haben, denn eine Ausgangssperre bei dem derzeitigen Bremer Infektionsgeschehen wäre weder geeignet, noch erforderlich, noch verhältnismäßig gewesen. Es ist gut, dass dieser Vorschlag aus dem Entwurf des MPK-Beschlusses gestrichen wurde.

(Beifall DIE LINKE)

Bei allen Debatten und Entscheidungen müssen der Maßstab persönliche Freiheit, Grundrechtseinschränkungen und eben die Prinzipien Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit abgewogen werden. Vor diesem Hintergrund teile ich auch #ZeroCovid-Kampagne nicht: Weil sie aus meiner Sicht nur mit autoritären Mitteln und harten Grenzschießungen durchsetzbar wäre und ich zudem starke Zweifel habe, ob das Ziel realistisch, die Auswirkungen zumutbar und die Maßnahmen verhältnismäßig wären.

Ich denke, es bleibt uns nichts anderes als das Fahren auf Sicht übrig. Den Blick klar auf die Impfungen und den Sommer gerichtet und immer wieder bereit, je nach Infektionsgeschehen Lockerungen oder Verschärfungen vorzunehmen. Das erfordert eine hohe Flexibilität und fordert vielen extrem viel ab. Ich hoffe, dass das Impfangebot, das alle bis

zum Sommer bekommen sollen, nicht ein Angebot bleibt, sondern zwei Pikser im Oberarm. Die beste Lösung ist eine möglichst schnelle sogenannte Herdenimmunität und bis dahin beißen wir die Zähne zusammen. – Dankeschön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einem Jahr ist weltweit der Gesundheitsnotstand in Kraft und seither mussten wir leider weltweit Millionen Infizierte und viele Tote beklagen. Die Lage ist ernst und besorgniserregend. Das stellt niemand infrage und auch wir sind uns der kritischen Lage und der Gefährlichkeit dieses Virus sehr bewusst. Deshalb akzeptieren und respektieren wir die von der Regierung getroffenen Maßnahmen.

Ein Jahr später hätten wir uns in Re-Gnose aber doch ein bisschen mehr gewünscht, denn noch immer hangeln wir uns an den nahezu gleichen Maßnahmen entlang. AHA+A+L-Regeln, Kontaktbeschränkungen, Kita und Schulen im Light-Modus, Erlebnismöglichkeiten, alle verboten. Aufforderung zum Homeoffice. Die Menschen machen mit, zeigen den unglaublichen Willen, dieses Virus in den Griff zu bekommen und sind solidarisch. Gott sei Dank halten sie sich mehrheitlich an die Regeln und hoffen, dass irgendwann ein Stück Normalität zurückkehrt. Unsere alte Normalität wird es wohl nie mehr geben. Der November-Lockdown sollte als Wellenbrecher fungieren und die ständigen Verlängerungen wirken emotional sehr nach, denn was in der Zwischenzeit passiert ist, das ständige Warten und Hoffen, zunächst auf einen Impfstoff und jetzt auf die Verfügbarkeit des Impfstoffes, ist zum Teil sehr zermürbend.

Wir sind froh, dass endlich mit dem Impfen begonnen wurde und in Bremen immerhin die ersten rund 12 500 Personen mit der ersten Dosis versorgt wurden. Aktuell wird auf Grundlage der Prioritäten, Empfehlungen von STIKO, Deutscher Ethikrat und Leopoldina vor allem in Pflegeeinrichtungen geimpft, um die besonders vulnerablen Gruppen zu schützen. Die gesamte Organisation im Vorwege obliegt allein den Pflegeeinrichtungen. Hier ist stärkere Unterstützung erforderlich, denn sonst wird das bereits strapazierte Personal noch weiter belastet.

In die Entwicklung eines Impfstoffes wurde viel Hoffnung gelegt und wir alle freuen uns, dass in

Rekordzeit gleich mehrere Impfstoffe an den Start gehen konnten. Doch aufgrund der aktuellen Knappheit und nur langsam steigender Impfquoten in Deutschland entsteht bei den Bürgerinnen und Bürgern viel Frust. Deshalb hat die FDP bereits Anfang des Jahres eine Aufklärungskampagne gefordert. Damit soll eine Aufklärung über den Impfvorgang erfolgen, die Wirksamkeit der Schutzimpfungen ausgeweitet und die Impfbereitschaft erhöht werden.

(Beifall FDP)

Diese Woche wurde durch den Senat eine Impfkampagne beschlossen, was sehr erfreulich ist. Ein wichtiger und richtiger Schritt. Eine Priorisierung in Risikogruppen ist angesichts der Impfstoffknappheit dringend nötig. Sinnvoll wäre ein echtes Impfgesetz gewesen, das hatte die FDP im Bundestag gefordert, stattdessen wird ohne Parlamentsbezug per Verordnung regiert. Im Gesundheitsausschuss des Bundestages wurde deutlich, dass die jetzige Impfverordnung verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist. Wir haben an vielen Stellen immer wieder eine stärkere Einbeziehung des Parlaments gefordert, übrigens auch hier in Bremen. Bremen orientiert sich, so wie die anderen Bundesländer auch, trotzdem an dieser Verordnung. Dabei sind beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg viel weiter. Dort werden nicht nur die Altersgruppen und das prioritäre Personal zuerst geimpft, es werden zudem Menschen mit problematische Vorerkrankungen einbezogen und die Rangfolge für diese Gruppen ist eine wichtige Botschaft nach außen, dass zum Beispiel gesunde 65-jährige einen späteren Impftermin bekommen als 50-jährige Diabetiker. Die berechtigten Sorgen von Menschen mit Vorerkrankungen müssen sehr ernst genommen werden.

(Beifall FDP)

Wir fordern den Senat daher auf, für Bremerinnen und Bremer sofort ein zu Bayern vergleichbares Portal zur Registrierung ins Leben zu rufen und entsprechend zu bewerben. Der Senat darf Menschen mit Vorerkrankungen nicht in Stich lassen. Die Bereitstellung von Taxigutscheinen ist übrigens ein wichtiger Schritt zum Schutz der vulnerablen Gruppen, gut, dass der Senat dem, übrigens auch unserem, Vorschlag nachgekommen ist.

Immerhin wird an vielen Ecken immer wieder gefeilt, werden Stellschrauben nachgebessert, immer mit der Hoffnung verbunden, die Pandemie endlich in den Griff zu bekommen. Doch was zu sehen ist, sind immer weitere Verschärfungen, immer weitergehende Einschränkungen. Oft bleibt die Logik, die innere Konsistenz der Maßnahmen, auf der

Strecke. So sollen wir jetzt, unter anderem in der Bahn, nur noch medizinische Masken oder FFP2-Masken tragen. Ich sage Ihnen, Sie werden dann im ICE mit dem Hinweis auf das tolle gastronomische Angebot und leckeren Kaffee begrüßt werden, welches mich zwingt, selbstverständlich die Maske abzulegen. Das muss mir einmal einer erklären, inwiefern, wenn ich gemütlich im Zug frühstücke, die FFP2-Maske mehr schützt als die Stoffmaske oder gar nichts. So ganz verstanden habe ich das nicht.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wo wir die Logik hinter den Maßnahmen und ihre Wirksamkeit anzweifeln dürfen, um schließlich durch wirklich sinnvolle Maßnahmen eine nachhaltige gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen. Eine echte Evaluation der einzelnen Maßnahmen hat es bisher gar nicht gegeben. Wir fordern deshalb eine Auswertung und bessere Erforschung, wo sich das Virus wie verteilt, denn gegebenenfalls ergibt das Ergebnis, dass unter Einbeziehung der Hygieneregeln der Friseurbesuch gar kein Problem darstellt oder die Gastronomie oder das Fitnessstudio. Solange wir das nicht wissen, bleibt uns nichts anderes übrig, als nach präventiven Motiven alles komplett dichtzumachen. Der Schaden psychisch, physisch und wirtschaftlich ist immens.

(Beifall FDP)

Wir fordern einen Stufenplan, der regelt, wann und unter welchen Bedingungen das öffentliche Leben wiederhergestellt werden kann. Die Menschen brauchen eine Perspektive, etwas, worauf sie sich freuen können. Sie brauchen Licht am Ende des Tunnels. Für mich klingt es momentan so, als wenn sich bis zum Ende des Sommers, bis jeder die Möglichkeit zur Impfung hat, an unseren Lebensbedingungen nichts ändern wird. Ist das die Einstimmung auf einen Lockdown bis zum Sommer, scheinweise verabreicht in zermürbender Salami-taktik? Ich weiß es nicht. Doch ganz eindeutig, das sagt keiner, und es ist frustrierend, wenn man morgens bei n-tv liest, der Lockdown wird bis zum 15. Februar verlängert und keine vier Stunden später wird Ärztepräsident Montgomery kommentiert: Das reicht nicht, es wird weitergehen.

Wir müssen aufpassen, dass wir die Geduld der Menschen nicht zu sehr überstrapazieren, denn das Leben besteht nur noch aus Schlafen, Essen, Arbeiten. Das, was das Leben ausmacht, Erlebnisse, mit Freunden erzählen, genießen, entdecken, Reisen, sich Träume erfüllen und vieles mehr, ist derzeit nicht möglich. Eine Zeit mag das gehen und das sehen wir auch an der großen Solidarität. Doch irgendwann schwindet diese und Menschen werden

zunehmend genervt und sind natürlich auch verängstigt. Besonders dann, wenn es um Existenzangst geht, darum, den Job zu verlieren, die Familie nicht mehr ernähren zu können und um Vereinsamung, wenn die Familie bedroht ist.

Deshalb fordern wir ein Zurückgehen auf die alte Regelung, fünf Personen aus zwei Haushalten, das wenigstens das Treffen mit Eltern ermöglicht, mit großen Geschwistern oder guten Freunden. Der Bremer Inzidenzwert gibt das her. Wir glauben fest daran, dass dieser kleine Schritt viele etwas sanfter stimmen würde und gleichzeitig wird damit das Risiko minimiert, dass Menschen sich bewusst gegen die Regeln und gegen die Einhaltung der Regeln entscheiden.

(Beifall FDP)

Solche Regeln revidieren zu können heißt, dass wir achtsam miteinander umgehen. Wann, wenn nicht jetzt wollen wir uns ernst nehmen und wertschätzen?

(Beifall FDP)

Das ist auch für Kinder besonders wichtig, denn unsere Kinder erleiden durch dieses Coronajahr nachhaltig einen Schaden. Seit zehn Monaten reden wir von der Pandemie als Chance, als vorgeschlagene Lösung, aber zum Umgang mit der Pandemie in den Bildungseinrichtungen konservieren wir einen schon vor der Pandemie nicht mehr zeitgemäßen Status quo. Positiv zu bewerten ist, dass fast alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte über iPads verfügen und itslearning benutzt wird. Sollte das nicht die Grundausstattung für ein Bildungssystem im 21. Jahrhundert sein? Ausstattung allein macht noch keine qualitativ hochwertige Bildung aus, sorgt noch nicht dafür, dass unsere Jugendlichen nach der Schule wirklich in ein selbstbestimmtes Leben starten können.

Wir müssen Antworten auf die Frage finden, wie Kinder und Jugendliche zum Lernen und selbständigen Arbeiten im Homeschooling motiviert werden können. Wie wir auf elterlichen Support verzichten können,

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

denn in vielen Elternhäusern arbeiten beide und die Kinder sind allein. Es gibt leider auch Elternhäuser, die sich um ihre Kinder eben nicht so sehr kümmern, auch diese Kinder dürfen wir auf gar keinen Fall verlieren.

(Beifall FDP)

Es ist eben nicht die Realität, dass jedes Zuhause über einen Rechner und über einen Drucker verfügt, dass jedes Kind Zugang zu allen technischen Geräten hat. Dass permanent ein Erwachsener den Lernvorgang begleitet, den Aufgaben-Up- und Download übernimmt und erklärt, was er zum Teil selber nicht mehr genau weiß. Auch darauf muss der Unterricht aktuell Rücksicht nehmen. Bremen hängt auch ohne Corona mehr als zwei Jahre hinter Ländern wie Bayern und Sachsen zurück. Wollen wir das einmal übersetzen: Bayern kann zwei Jahre in den Lockdown gehen und die Schüler können ihre Schulkarriere problemlos in Bremen fortsetzen. Wir haben keine Zeit für politische Stellungskriege und deshalb ist es beschämend, dass Sie der Bitte um einer Sondersitzung der Deputation für Kinder und Bildung nicht nachkommen, um darüber zu beraten, wie man die Abschlussprüfungen in diesem Jahr am besten gestalten kann. Diese politische Engstirnigkeit können wir uns angesichts einer sicherlich Jahrhundert-Bildungskrise nicht leisten. Wir hoffen, dass es jetzt einen Termin gibt, und glauben daran, dass dieser doch noch stattfinden wird.

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Wischhusen, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Miriam Strunge zulassen.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Ich muss leider erst fertig werden. Entschuldigung. Danke.

Die bremischen Regeln für Schulen werden die Chancengerechtigkeit im Negativen verschärfen. Schulen auf, dann im Wechselmodell, Schulen im Halbgruppenunterricht, Schulen auf, dann mit ausgesetzter Präsenzpflcht, Rolle vor und Rolle rückwärts seit Wochen. Ein klarer Weg sieht anders aus und für die Lehrkräfte ist dieses Hin und Her eine extreme Belastung, denn die können sich nicht auf den einen Weg einstellen. Weder reines Homeschooling, noch Präsenzunterricht. Die Schüler mal hier, mal dort. Eine qualifizierte Bildung kann so definitiv nicht gewährleistet werden. Gleichzeitig wird an den Schulen sehr unterschiedlich mit den präsenten Schülerinnen und Schülern umgegangen. Die einen machen einen echten Unterricht vor Ort, wobei die Kinder zu Hause das Nachsehen haben, und die anderen betreuen nur, machen Notbetreuung, erledigen die Aufgabenblätter in der Schule, spielen und schauen Filme.

Wir wollen Ihnen gar nichts Böses unterstellen, aber gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht. Vielleicht war es anders gedacht, aber es zeigten sich die Blüten der Wirklichkeit, denn dieser inkon-

sequente Weg wird höchstwahrscheinlich vor allem für Schüler aus bildungsfernen Familien seine negativen Konsequenzen haben. Sozial geht anders. Die Unterschiede sind ohnehin zu groß. Wir dürfen sie nicht uneinholbar werden lassen, gerade weil wir in Bremen die rote Bildungslaterne tragen, darf uns das nicht passieren. So wie der Senat Schule im Lockdown organisiert, schafft er maximale Verunsicherung bei maximaler Belastung bei allen Beteiligten, Kindern und Jugendlichen, Lehrerinnen und Lehrern und bei den Eltern.

Frau Dr. Bogedan begründet den Schul- und Kita-Kurs sozial. Sie wollen unbedingt die erreichen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, die zu Hause nicht lernen können oder zu Hause nicht lernen wollen, eben die, denen es nicht gut geht. Das ist absolut wichtig, keine Frage. Nur ist es leider wie so oft in Bremen: Passen die gewählten Methoden zum Ziel? Wir sind der Auffassung, nein. Denn gerade weil die Schulpflicht ausgesetzt ist, wächst die Gefahr, dass die nicht mehr kommen, die gesehen werden müssen. Das kann in der aktuellen Situation nicht unsere Lösung sein und die Anwesenheitszahlen an den Schulen in Bremen und Bremerhaven legen die Zweifel nahe.

(Beifall FDP)

Unsere Lockdown-Erfahrung hat eines mehr als deutlich gezeigt: Kinder brauchen Kinder, Wissen, Persönlichkeitsentwicklung, Spracherwerb, soziale Kompetenz, das alles muss nach wie vor gelehrt und gelernt werden und am besten untereinander. Für alle ist die aktuelle Situation anstrengend und belastend und umso wichtiger ist es, möglichst achtsam miteinander umzugehen. Ich bin neben Marielle noch stolze Stiefmama von zwei phantastischen Jungs im Alter von zehn und zwölf Jahren. Wie viele Eltern kann auch ich sehen, wie sehr sie unter der Situation leiden, wie sehr Freunde fehlen, wie schwer es ist, sich allein auf die Aufgaben zu konzentrieren, Stunden auf ein kleines Tablet zu starren und damit zu arbeiten. Wir als Eltern sind dabei auch gerade dreifach belastet. Das Homeschooling der Kinder erfordert die Einforderung von Disziplin, Kontrolle, Hilfe, Unterstützung und das Aneignen längst vergessener Schulhalte – dankenswerterweise kann ich jetzt wieder Wurzelrechnungen und Bruchrechnungen, das war in meinem Kopf schon lange in der Ablage gelandet –, aber es erfordert vor allem eines: Enorme Zeit. Mittags und abends Essen auf den Tisch stellen und dabei haben wir auch noch unsere eigene Arbeit zu erledigen. Ich möchte an dieser Stelle einmal Danke sagen. Danke an alles Mamas und Papas, die sich gerade rührend um ihre Kinder kümmern, die Freude zu Hause ermöglichen, Danke an

alle Arbeitgeber, die diese schwierige Phase unterstützen und natürlich ein ganz großes Danke an alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt, die seit einem Jahr in einer Realität feststecken, die sich niemand von uns für sie hätte vorstellen können.

(Beifall FDP)

Kicken mit Kumpels, verboten. Bummeln, Eis an der Weser essen, als Clique durch die Straßen ziehen, Flirten in der Disko, die normalsten Dinge, doch stattdessen sitzen sie daheim. Sie zeigen sich solidarisch und versuchen auch noch, sich auf die Prüfungen vorzubereiten. Kinder, ihr macht das toll und euch gebührt ein großer Dank für diese Solidarität und dafür, dass ihr das durchhaltet.

(Beifall FDP)

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt, die Forderung nach mehr Homeoffice. Wir können den Gedanken nachvollziehen, aber es darf nicht zu einem Bürokratiemonster ausarten. Die Regeln sind nicht klar definiert. Wer beantwortet, welcher Arbeitsplatz Homeoffice-tauglich ist? Wenn ein Unfall zu Hause passiert, ist es dann ein Betriebsunfall? Wie können wir garantieren, dass Arbeitszeit und Freizeit nicht verschmelzen? Wie passen die ganzen Auflagen für das Homeoffice mit der Arbeitsstättenverordnung zusammen? In dieser Verordnung stecken mehr Fragen als Antworten. Eine Freiwilligkeit und ein Sensibilisieren ist, glaube ich, an dieser Stelle besser als jede Verordnung und jedes Verbot. Betriebliche Hygienekonzepte, geteilte Teams und die Aufforderung, Homeoffice zu machen, sollten eigentlich ausreichen. Insbesondere solange sich der Mittelstand und die Selbständigen in Existenznot befinden.

Die Regierung muss die Unternehmerinnen und Unternehmer besser unterstützen. Lippenbekenntnisse und Zusagen auf dem Papier helfen nicht weiter. Wir reden mittlerweile von einer Überbrückungshilfe 3, und es ist schön, dass klar ein Bekenntnis abgegeben wurde, aber im Endeffekt haben wir bis heute noch nicht einmal die Novemberhilfen ausgezahlt, auch ein Abschlag in Höhe von 20 Prozent hilft vielen Unternehmerinnen und Unternehmern nicht weiter. Es wird eine enorme Pleitewelle auf uns zurollen, die viele Unternehmen und damit auch die Belegschaft in die Existenznot abrutschen lässt. Gerade deshalb braucht es einen Ausweg, braucht es das anhaltende Ringen darum, wie wir das Leben mit dem Virus so ausgestalten, dass Träume und Zukunftsvisionen wieder möglich werden. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jan Timke.

Abgeordneter Jan Timke (BIW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute kommt die Bremische Bürgerschaft erneut zu einer Sondersitzung zusammen, um die jüngst von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie, die unter anderem eine Verlängerung des Shutdowns beinhalten, abzusegnen.

Die Frage dabei ist, ob die Verlängerung des seit Mitte Dezember laufenden zweiten Lockdowns und die damit verbundenen Einschränkungen fundamentaler Grund- und Freiheitsrechte der Bürger verhältnismäßig sind. Das gilt vor allem für die erzwungene Schließung von Gaststätten, Hotels, Dienstleistungsbetrieben wie Friseuren und weite Teile des Einzelhandels. Bei den betroffenen Firmen handelt es sich zumeist um Klein- und Kleinstbetriebe, denen das Wasser wegen der wiederkehrenden Beschränkungen der letzten Monate schon jetzt bis zum Hals steht und die nur durch massive staatliche Überbrückungshilfen wirtschaftlich überleben können. Nun wurde bekannt, dass diese Hilfen in ihrer bisherigen Form nicht mit dem EU-Recht vereinbar sind, denn der Staat darf den Betroffenen lediglich ungedeckte Fixkosten, nicht aber Umsatzausfälle ersetzen, wie das bei den Überbrückungshilfen der Phase 1 für die Fördermonate September bis Dezember 2020 der Fall war.

Der deutsche Steuerberaterverband e. V. rechnet deshalb mit hohen Rückzahlforderungen bereits ausgezahlter Gelder, was für viele Firmen das Aus bedeuten würde. Unzählige Arbeitsplätze sind in Gefahr, andere Gewerbetreibende und Freiberufler werden deutlich weniger finanzielle Unterstützung erhalten, als sie ursprünglich geplant hatten. Das könnte viele Geschäftsinhaber zur Aufgabe ihrer unternehmerischen Tätigkeit zwingen.

Trotzdem haben Bund und Länder beschlossen, den Lockdown bis Ende Februar zu verlängern und so den Gewerbetreibenden in Deutschland die Wiederaufnahme ihrer geschäftlichen Tätigkeit und damit die Generierung von Einnahmen zu verwehren. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Entscheidung werden verheerend sein.

Meine Damen und Herren, bereits in der im Oktober letzten Jahres geführten Debatte in diesem Hause, hatte ich darauf hingewiesen, dass das Gros der an COVID-19 Verstorbenen hoch betagte Menschen sind. Dass meine damalige Aussage nach wie vor zutrifft, wird durch aktuelle Daten des Robert Koch-Instituts bestätigt. Demnach waren bis

zum 19. Januar knapp 48 800 Corona-Tote in Deutschland zu beklagen. Davon waren rund 90 Prozent 70 Jahre oder älter. Etwa 70 Prozent gehörten der Altersgruppe 80 plus an. Bis zu 86 Prozent dieser Menschen waren Bewohner in Alten- und Pflegeheimen.

Im Land Bremen beträgt dieser Anteil 71 Prozent. Lediglich zehn Prozent der Verstorbenen waren also jünger als 70 Jahre, wobei die meisten unter Vorerkrankungen litten beziehungsweise starke Raucher waren. Die Hauptrisikogruppe ist also relativ eingrenzbare. Es handelt sich um Senioren im fortgeschrittenen Alter, die in Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht sind. Diese Menschen, meine Damen und Herren, gilt es gezielt und konsequent zu schützen. Konsequent heißt, Alten- und Pflegeheime insbesondere durch Besuchsverbote so weit wie möglich abzuschotten, um zu verhindern, dass das Virus von außen in die Heime eindringen kann. Corona-Schnelltests sind leider noch nicht zuverlässig genug, um alle Infizierten zu identifizieren und stellen deshalb zum jetzigen Zeitpunkt keine sichere Alternative dar.

Die auf eine begrenzte Personengruppe beschränkten und zeitlich befristeten Restriktionen mit dem Ziel, die tatsächlich gefährdeten Menschen wirksam zu schützen, halte ich, auch aus juristischer Sicht, für vertretbar, denn ein flächendeckendes Herunterfahren der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens als Alternative greift erheblich in fundamentale Grundrechte aller Bürger ein. Für mich stellt sich eher die Frage, ob die erneuten Verlängerungen des Shutdowns mit seinen weitreichenden Einschränkungen, denen wir heute zustimmen sollen, angesichts der oben zitierten Zahlen des RKI noch mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Möglicherweise wird sich auch das Bundesverfassungsgericht in Zukunft dieser Frage widmen müssen.

Herr Röwekamp, erlauben Sie mir noch eine Anmerkung: Es geht eben nicht darum, wie Sie mir in Ihrem Redebeitrag heute Morgen wahrheitswidrig unterstellen wollten, dass ich mit meinem Zwischenruf zwischen schützenswertem und schutzlosem Leben unterscheiden wollte. Aber Aufgabe der Politik, Herr Röwekamp, ist es gerade in dieser Pandemie besonders schutzwürdige, weil besonders gefährdete Risikogruppen eindeutig stärker und anders zu schützen sind als Personengruppen, die nach allen uns vorliegenden medizinischen Erkenntnissen deutlich weniger gefährdet sind. Diesen Unterschied sollten Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen.

Ich sehe, meine Zeit ist leider abgelaufen. Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung? Andere der zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten vereinbarten Maßnahmen halte ich dagegen für durchaus sinnvoll und teilweise sogar für zukunftsweisend. Das gilt etwa bei der Verpflichtung der Arbeitgeber, ihren Beschäftigten die Arbeit im Homeoffice zu erlauben, wann immer das möglich ist. Unabhängig von Corona kann die Verlagerung der Berufstätigkeit in heimische Büros dazu beitragen, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und die angespannten Wohnungsmärkte in den städtischen Ballungsräumen zu entlasten. Oder auch die Forderung oder die Umsetzung des Verbotes, Alkohol in der Öffentlichkeit zu konsumieren, was auch zu mehr Sicherheit beitragen wird, schließlich werden hierzulande 50 Prozent aller Gewalttaten unter Alkoholeinfluss begangen. Kurzum, die Verlängerung des Lockdowns und den dadurch erzwungenen Stillstand von weiten Teilen der Wirtschaft lehne ich als unverhältnismäßig ab. Die meisten anderen Elemente der neuen Coronaverordnung kann ich dagegen mittragen. Unter dem Strich werde ich mich deshalb heute hier enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Jürgewitz.

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fange einmal mit der Presseschau von heute an, namentlich mit der Lokalpresse, hier der „Nordsee-Zeitung“, die normalerweise eher Merkel-positiv berichtet, aber heute einmal etwas anders. Ich zitiere: „Die Liste der Fehler im Coronanahkampf wird immer länger. Merkel fürchtet um ihr Erbe. Viele Bürger haben das Vertrauen in die Wahrhaftigkeit der Politik verloren, der Coronaregeln verloren. Sie werden ungeduldig.“ Das sagt der Reporter mit Recht. „Die Impfstrategie der Regierung“ – immer noch die „Nordsee-Zeitung“ – „wirft jede Menge kritischer Fragen auf. Bei der gestrigen Pressekonferenz war der Eindruck entstanden, Merkel stehe beim Krisenmanagement inzwischen so weit abseits wie noch nie. Auf die Frage, warum die Alten- und Pflegeeinrichtungen immer noch die Hotspots der vielen Toten sind, wusste sie keine Antwort.“ Merkels Fazit dazu, so die Mitteilung der Zeitung, „Alles richtig gemacht.“

Frau Merkel will allen Bürgern ein Impfangebot bis zum 21. September machen, wie passend zur Bundestagswahl am 26. September. Das Fazit dazu unsererseits: Corona ist für die CDU vor allem Lebenshilfe, Überlebenshilfe. Ähnlich stand sie vor genau einem Jahr, vor elf Monaten, da, wie die SPD

ständig fallend bei 22 Prozent, jetzt hat die CDU dank Corona 36 Prozent. Das Virus rettet also die CDU. Natürlich werden die Infektionszahlen ab Mai, wenn es wärmer wird, zurückgehen, und dann wird sich das die Regierung auf die Fahnen schreiben, und dann wird man sagen, wir haben euch gerettet, jetzt wählt uns.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Vielleicht werden wir noch die Erfinder von Corona!)

Seit März 2020 hat sich die Bundesrepublik zu einer handfesten Krise als Staat entwickelt, ausgelöst durch gravierende politische Fehlentscheidungen vonseiten der Bundes- und Landesregierung. Sie nennen es Pandemie und Lockdown, ich nenne es Hysterie und Knock-down. Ihre einzig erkennbare Strategie besteht in einer Aneinanderreihung von Lockdowns, deren Wirksamkeit in der Wissenschaft immer umstrittener wird. Nun schreibt der Gesundheitsapostel Spahn – oder ist es der selbst ernannte Experte Lauterbach? –: „Nur die Impfung kann uns retten.“ Hilft impfen eigentlich auch gegen schlechte Politik? Diese ohne wissenschaftliche Evidenz verordneten Maßnahmen, sei es gegen das Virus oder die Politik, unterstreichen einzig und allein die Hilflosigkeit sowie den politischen Aktionismus von Angela Merkel und den Ministerpräsidenten und deren Unfähigkeit zu einer seriösen Fehleranalyse.

Von einem wirksamen Gesundheitsschutz kann überhaupt nicht die Rede sein, auch wenn Sie das ständig behaupten, denn sonst hätte Ihr bisheriger Aktionismus, diese alternativlosen Lockdowns, ja zu einem Erfolg führen müssen. Genau das haben sie nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Der Lockdown hilft nicht, er schadet uns allen. Er ist eine Sackgasse, aus der Sie nicht mehr herauskommen, und das ist Ihr Problem.

Sie greifen unverhältnismäßig und willkürlich in die Grund- und Freiheitsrechte der Bevölkerung ein, verursachen durch den Lockdown der Bevölkerung schwere seelische und körperliche Schäden. Sie nehmen in Kauf, dass die Bürger darunter leiden, schaffen ein Heer von Arbeitslosen, die übergangsweise zurzeit noch in Kurzarbeit geparkt sind. Sie richten einen verheerenden wirtschaftlichen Schaden für die ganze Nation an. Es werden Schulden gemacht, für die die nachfolgenden Generationen geradestehen müssen, und nicht nur für die deutschen Schulden, denn gerade zurzeit wird ja über die Coronageschichte die Schuldenlast in Europa verteilt. Es kommen die Eurobonds, auch wenn es jetzt eigentlich Coronabonds sind, alles auf deutsche Kosten.

Die AfD fordert: Schluss mit dieser Knock-down-Politik für die ganze Nation! Beenden Sie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Knock-down sofort und hören Sie damit auf, eine Nation in Angst und Schrecken zu versetzen. Ich glaube, ich höre jetzt erst einmal auf und komme nachher noch einmal wieder. Wir hören uns noch. – Danke!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Peter Beck das Wort.

Abgeordneter Peter Beck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Schutz der Bevölkerung muss immer zuerst das Handeln aller Regierenden dieses Landes bestimmen und den optionalen Handlungsrahmen der notwendigen politischen Entscheidungen vorgeben. Dies ist unstrittig und sollte damit auch einem gemeinsamen Konsens quer durch die Parteienlandschaft entsprechen.

Allerdings: Wo kommen wir hin, wenn die älteren Menschen unserer Gesellschaft in ihren jeweiligen Seniorenheimen oder ihren eigenen vier Wänden vereinsamen und verzweifeln? Wo kommen wir hin, wenn unsere Kinder zum Distanzunterricht genötigt werden und wir ihnen die so wichtige Chance auf eine gesunde und positiv erlebte, kindgerechte Entwicklung nehmen? Diesen nehmen Sie als Landesregierung inzwischen alles, was eine kindgerechte Entwicklung ausmacht. Freunde sowie im familiären Umfeld auch die Großeltern, Tanten, Onkel, Cousinsen sowie Cousins dürfen unsere Kinder nicht mehr treffen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

So weit, so schlecht. Also, Herr Dr. Bovenschulte, nur leider ist damit Ihr als alternativlos dargelegtes Maß dann noch längst nicht voll. Auch die für die positive Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen so wichtigen wie auch geliebten Sportvereine sowie weitere Facetten des gesellschaftlichen Lebens wurden unseren Kindern auch mit Hilfe Ihrer Politik genommen.

Exakt dieser Tatbestand eröffnet weitere Fragen. Woher sollen die ganzen Sozialpädagogen und Psychotherapeuten eigentlich kommen, um die immensen Entwicklungsschäden unserer Kinder, maßgeblich verantwortet durch Ihre sich ständig ändernden Coronaverordnungen, dann am Ende des Tages notwendigerweise beheben zu können? Als Bremer AfD-Vertreter sage ich Ihnen eines: Verehrte Kollegen und Kolleginnen, lassen Sie diesen Bedarf am besten gar nicht erst entstehen, von den Schwächsten dieser Gesellschaft, nämlich den Kindern, die physischer und psychischer Gewalt in

ihren Elternhäusern ausgesetzt sind, einmal ganz zu schweigen.

Diesen Betroffenen raubt Ihre aktuelle Politik oft genug dann auch noch genau die positiven Lebensereignisse und Momente, welche von uns eigentlich hinsichtlich ihrer Entwicklung kaum hoch genug bewertet werden können. Es dürfte also Konsens gerade unter denjenigen von Ihnen sein, welche sich jederzeit gern mit dem Attribut „sozial“ schmücken, dass dies so keinesfalls angehen kann und darf. Ich kann Ihnen da bereits hier und heute glaubhaft versichern, dass ich Sie gerade in Bezug auf diese angesprochene Personengruppen alsbald noch mit weiterem Klärungsbedarf zu konfrontieren gedenke. Da sollten Sie dann imstande sein, ein wenig mehr als Ihre üblichen Allgemeinsätze zu liefern.

Nicht nur Kinder und ältere Menschen sind hinsichtlich der tagtäglich im realen Leben zu bewältigenden Auswirkungen Ihrer politischen Entscheidungen am Verzweifeln, sondern auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die heute noch nicht wissen, ob ihre Arbeitsstätten nach Corona noch existent sein werden. Wichtiger erscheint es diesem Senat allerdings, dass Herrn Kohfeldts elf Männer dem Ball hinterherjagen können und auf Kindergeburtstagen die Polizei erscheint, um derlei Feierlichkeiten umgehend und unter offenen Strafandrohungen aufzulösen. Brot und Spiel waren und sind den Regierenden offensichtlich nach wie vor wichtiger, als die Dinge aus- und anzusprechen, welche die enormen Schwierigkeiten unseres Landes derzeit und auch in den nächsten Jahren noch begleiten werden.

(Abgeordnete Dr. Solveig Eschen [Bündnis 90/Die Grünen]: Kinder unter zwölf Jahren sind aufgenommen!)

Zu der Verordnung dieser FFP2-Maske möchte ich noch Folgendes hinzufügen: Eine FFP2-Maske kostet im Durchschnitt zwei Euro. Bei einem Fünfpersonenhaushalt wie meinem, benötigen wir circa 15 Masken pro Tag. Ja, schauen Sie sich einmal die DIN-Norm dieser Masken an, wie lange Sie die tragen dürfen und wie oft Sie die wechseln sollen, bevor sie durchnässt sind. Eine Reinigung dieser Masken kann nicht stattfinden, weil dadurch deren Schutz verloren geht. In meinem Fall, bei einer fünfköpfigen Familie, niedrig gerechnet, ergeben sich für mich 900 Euro im Monat an Mehrausgaben nur wegen dieser Maskenpflicht. Rechnen Sie einmal selbst nach, dann kommen Sie selbst dahinter.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: So ein Unsinn!)

Bedanken möchte ich mich bei allen Mitarbeitern von Schulen, Kitas und den Pflegeheimen und selbstverständlich auch bei den Rettungskräften und der Polizei. – Vielen Dank!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Thomas Röwekamp das Wort.

Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Beck, bei Ihrem letzten Rechenbeispiel bin ich mir nicht sicher, ob da Distanzunterricht oder Präsenzunterricht geholfen hätte, aber so richtig nachvollziehbar war das aus meiner Sicht nicht.

(Heiterkeit – Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Kollege Jürgewitz, vielen Dank für die herzliche Einladung, mit Ihnen in eine Bundestagsdebatte einzutreten. Ich werde mein Bestes geben, dass wir das im Herbst nachholen können, habe aber die Hoffnung, dass Ihnen das nicht gelingt.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

In Ihrer Verschwörungstheorie fehlte am Ende ja nur die steile These, dass dieses Virus von unserer Bundeskanzlerin mit einem Laborkittel im Keller des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin gezüchtet worden wäre.

(Heiterkeit – Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Sehr geehrter Herr Jürgewitz, ich glaube, Ihr Debattenbeitrag hat sich selbst disqualifiziert, machen Sie so weiter, dann sind wir Sie hoffentlich bald los.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Lieber Kollege Güngör, alter Anwaltspruch: Wenn nichts mehr hilft, soll man es mit der Wahrheit versuchen. Das hätte Ihnen auch gutgetan.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Versuchen Sie es doch einmal!)

Genau, das will ich gern tun. Sie haben hier die steile Behauptung aufgestellt, die CDU wolle bei ihrem Unterrichtsmodell – also Distanzunterricht bis zum 14. Februar, danach Halbgruppenunterricht – und den damit verbundenen Schulschließungen Alleinerziehenden keine Möglichkeit für die Betreuung ihrer Kinder geben, das ist nachweislich falsch und unwahr.

(Zurufe Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Ich verweise auf die Ziffer a) unseres Antrages, da heißt es: Wenn im häuslichen Umfeld nachweislich keine Betreuung realisiert werden kann, wenn im häuslichen Umfeld nachweislich die Teilnahme am Distanzunterricht nicht sichergestellt werden kann, soll für die Betroffenen eine Notbetreuung möglich sein. Selbstverständlich soll da, wo kein Distanzunterricht erteilt werden kann, die Möglichkeit bestehen, das Kind auch in die Betreuung von Schulen zu geben. Das machen andere Länder so, das soll in Bremen auch so sein. Auch Berufstätige sollen natürlich in der Lage sein, ihrem Beruf nachzugehen und das Kind in die Notbetreuung zu geben. Das ist unser Wille. Wer etwas anderes behauptet, sagt einfach nicht die Wahrheit, sehr geehrter Herr Güngör!

(Beifall CDU)

Ich möchte an der Stelle auch noch einmal sagen: Bei allen, an die Sie ja denken, vergessen Sie bitte die betroffenen Eltern nicht!

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD], Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das gilt aber umgekehrt auch!)

Sie stehen unter einem gewaltigen Druck. Wenn sie sich beispielsweise dafür entscheiden, das Kind wegen der Infektionsgefahr nicht in die Schule zu geben, und deswegen nicht an ihrem Arbeitsplatz erscheinen können, dann, so haben wir schon oft gehört, schallt ihnen von den Kolleginnen und Kollegen entgegen: Warum gibst du dein Kind denn eigentlich nicht in die Betreuung und kommst zur Arbeit, wie wir es auch machen? Ich bitte darum, auch solche Lebenssituationen zu bedenken. An den Arbeitsstätten entstehen durch Ihre Regelungen, dadurch, dass Sie versuchen, alle Kinder in die Schulen zu beordern, solche aus meiner Sicht mit dem Infektionsgeschehen nicht vereinbaren Lebenssituationen, und ich finde das nicht gerecht.

An der Stelle lassen Sie mich auch noch eines sagen: Sie haben hier im Zusammenhang mit Homeoffice ganz viel an die Fürsorgepflicht von Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber appelliert. Wie steht es denn eigentlich mit Ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Erzieherinnen und Erziehern und den Lehrerinnen und Lehrern?

(Beifall CDU)

Sie behaupten hier, der Bürgermeister, es gäbe keinen Nachweis für eine besondere Infektionslage in Schulen. Ja, das stimmt. Das hat übrigens damit zu tun, dass wir wegen der Situation in den Gesundheitsämtern auch in Bremen über Wochen nicht in der Lage gewesen sind, das Infektionsgeschehen überhaupt zurückzuverfolgen. Wenn Sie sagen,

jetzt schaffen wir es ja, mag das sein, aber ehrlicherweise hat es das Gesundheitsamt in Bremen von Anfang an nicht geschafft, zeitgerecht und zeitnah die Rückverfolgung des Infektionsgeschehens zu gewährleisten und entsprechende Quarantäneanordnungen zu erlassen. Die kamen in ganz vielen Fällen erst nach Beendigung der Infektionszeit.

Meine Damen und Herren, deswegen ist doch die Sorge, die wir haben, nicht unbegründet, dass das wieder passieren kann, und deswegen kann man doch in so einem Parlament auch beschließen, das Gesundheitsamt aufzufordern und die Gesundheitssenatorin aufzufordern, sicherzustellen, dass wir diese Rückverfolgung wieder schaffen. Ja, sie ist der Schlüssel dafür, das Infektionsgeschehen zu beherrschen. Deswegen brauchen wir es nicht nur jetzt, sondern dauerhaft, dass das Infektionsgeschehen durch das Gesundheitsamt zurückverfolgbar ist.

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Man braucht doch nicht das zu beschließen, was es schon gibt!)

Aber natürlich, es gibt keinen Nachweis dafür, dass es in Schulen ein besonderes Infektionsgeschehen gibt, aber die Wissenschaftler haben gerade diese Woche auch noch einmal das Gegenteil widerlegt und haben gesagt, es gibt auch keinen Nachweis dafür,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: 18 000 Testungen!)

dass es an Schulen kein besonderes Infektionsgeschehen gibt. Es gibt keinen besonderen Nachweis dafür, Herr Güngör, dass es im Einzelhandel ein besonderes Infektionsgeschehen gibt. Es gibt keinen Nachweis dafür, dass es in Gaststätten ein besonderes Infektionsgeschehen gibt. Trotzdem schließen Sie alle diese Einrichtungen, nur bei der Schule machen Sie eine Ausnahme,

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Weil das eine besondere Situation ist!)

und zwar auf dem Rücken der Erzieherinnen und Erzieher und der Lehrerinnen und der Lehrer. Denen muten Sie zu, trotz Infektionsgefahr ihre Arbeit zu verrichten, während Sie alle anderen Arbeitnehmer auffordern, zu Hause zu bleiben. Das passt nicht zueinander, das ist nicht Fürsorgepflicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustaf Güngör [SPD]: Nur da, wo es möglich ist! Bei Polizei und Feuerwehr tun wir das nicht!)

Das, sehr geehrter Herr Güngör, auch noch vor dem Hintergrund, dass eine Statistik mittlerweile ergeben hat, dass die Berufsgruppe, die am häufigsten mit Corona-Infektionen zu tun hat, die am häufigsten infiziert ist, die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindergärten sind. Deswegen, glaube ich, ist die Botschaft von Ihnen falsch, zu sagen, wir machen da so weiter wie bisher, lasset die Kinder in die Kita, lasset die Kinder in die Schule kommen. Es ist die falsche Botschaft, weil sie nämlich auch das enthält, was die Bildungssenatorin mehrfach öffentlich gesagt hat: Präsenzunterricht ist gut, Distanzunterricht ist schlecht.

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Das hat sie doch gar nicht! – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Das hat sie doch gar nicht!)

Das spiegelt nicht die Wirklichkeit wider, meine Damen und Herren! Es gibt richtig guten Distanzunterricht. Der kann den Präsenzunterricht auch einmal 14 Tage lang ersetzen. Deswegen bleiben wir dabei, wir wollen, dass die Regel ist, dass die Kinder in den nächsten drei Wochen zu Hause bleiben, damit wir danach in einem geordneten Verfahren mit Wechselunterricht den Schulbetrieb wieder aufnehmen können, um die Lehrerinnen und Lehrer zu schützen, um die Kinder zu schützen und um den Eltern eine verlässliche Unterrichts- und Bildungsperspektive für ihre Kinder zu geben. Dieser Weg ist richtig.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einen Satz zur Bildungssenatorin sagen: Sie hat im „Weser-Kurier“-Interview gesagt: „Manchmal habe ich den Eindruck, wir müssten noch einmal Nachhilfe geben, was es heißt, Stadtgemeinde in einem Bundesland zu sein.“ Sie sagte das deswegen, weil es der Magistrat in Bremerhaven so macht wie die Mehrheit aller Länder und an die Eltern appelliert, ihre Kinder in dieser schwierigen Zeit zu Hause zu lassen und am Distanzunterricht teilnehmen zu lassen. Das war der Auslöser der Diskussion.

Ich kann nur sagen: Erstens, keine Stadtgemeinde in Bremen braucht Nachhilfe von der Bildungssenatorin. Allein die Wortwahl sagt schon viel über die Haltung dieser Bildungssenatorin aus. Ich sage noch einmal, das, was Bremerhaven macht, deckt sich eins zu eins mit dem, was in der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen worden ist. Jetzt so zu tun, als ob Bremerhaven einen Sonderweg gehen würde, um dann hinterher behaupten zu können, wir in Bremen haben keinen Sonderweg, halte ich für fatal und falsch. Bremerhaven verhält sich in Bezug auf die Frage, wie Unterricht gewährleistet

wird, vorbildlich, und ich würde mir wünschen, dass Bremerhaven der Bildungssenatorin in dieser Frage einmal Nachhilfe erteilt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Dann will ich noch etwas zum Thema Homeoffice sagen, weil das, Herr Güngör, bei Ihnen auch eine große Rolle gespielt hat. Ja, auch ich bin ein Anhänger davon. In meinem Unternehmen mache ich das auch und ich werbe dafür, es überall, wo es möglich ist, stattfinden zu lassen. Es gibt bestimmte Dinge, die kann man zu Hause nicht machen, am Hochofen kann man zu Hause nicht arbeiten, Autos kann man zu Hause nicht bauen, also zumindest nicht außerhalb von Modellsätzen. Es gibt auch andere Tätigkeiten, die man zu Hause nicht machen kann.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Überall da, wo Homeoffice möglich ist, sollten wir es machen. Wir haben es unterstützt und der Bundesarbeitsminister hat eine Richtlinie erlassen. Ich finde aber, Herr Güngör, wer mit dem Finger auf andere zeigt, sollte doch erst einmal schauen, wie es denn eigentlich bei ihm aufgestellt ist. Bis zum 20. September letzten Jahres gab es in Bremen eine Dienstvereinbarung vom Gesamtpersonalrat, die hieß noch „Dienstvereinbarung mit Telearbeit“, die war von 2004. Von 2004 bis 2020, davon zwölf Jahre rot-grün und jetzt zwei Jahre rot-rot-grün,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ach, da waren Sie noch Bürgermeister!)

hat sich kein Mensch um diese Frage von Heimararbeit oder Homeoffice im öffentlichen Dienst gekümmert. Jetzt kommt es: Mitten in der Pandemie am 20. September gibt es eine neue Dienstvereinbarung, zu lesen auf der Seite des Gesamtpersonalrats der Freien Hansestadt Bremen. Darin steht, ich kann es nicht zitieren, aber sinngemäß, es soll angestrebt werden – mitten in der Pandemie –, dass die Arbeitszeit, die man im Homeoffice verbringt, nicht mehr als 20 Prozent der regulären Arbeitszeit umfasst. Also, meine Damen und Herren, wer alle Unternehmen dazu verpflichten will, so viel Heimararbeit wie möglich, so viel Homeoffice wie möglich zu ermöglichen, der müsste vielleicht erst einmal für seine eigene Verwaltung als Arbeitgeber sicherstellen, dass das auch im eigenen Haus passiert.

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das passiert!)

Ehrlicherweise sind 20 Prozent überall erfüllt. Ich habe die Hoffnung und die Erwartungshaltung,

dass Sie dafür sorgen, dass der Senat diese Quote vielleicht noch ein bisschen anhebt, damit auch der öffentliche Dienst mehr Homeoffice praktiziert und Vorbild für diejenigen sein kann, denen wir jetzt das abverlangen, was Sie hier so detailreich beschrieben haben.

Deswegen lassen Sie mich zum Abschluss sagen, ich bleibe dabei, es gab ja auch teilweise Zustimmung zu unseren Vorschlägen. Was die Frage für besondere Öffnungszeiten für vulnerable Gruppen angeht, habe ich wahrgenommen, gibt es Einzelheiten, die mitgetragen werden, aber insgesamt beschreibt unser Antrag in den drei Kernbereichen einen anderen Weg, einen Weg, den wir konsequenter finden. Wir werden weiter dafür werben, auch wenn der Antrag heute abgelehnt werden sollte. Lassen Sie uns weiter wie heute im, wie ich finde, sachlichen, fachlichen Disput darüber bleiben, welches der beste Weg ist, aber lassen Sie uns zusammenstehen, wenn es darum geht, die Pandemiebekämpfung durch nationale, gemeinsame Maßnahmen zu unterstützen. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Lencke Wischhusen das Wort.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich mache es ganz kurz, ich habe nämlich eben etwas vergessen.

Ich habe vergessen, die getrennte Abstimmung für den CDU-Antrag zu beantragen, weil wir Teile davon unterstützen werden, aber zum Teil, gerade auch im Hinblick auf Schule, einen etwas anderen Weg sehen. Deswegen würden wir darum bitten, dass wir es getrennt abstimmen. Das war es schon. – Danke!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Güngör.

Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Röwekamp, warum sind die Schulen geöffnet und der Einzelhandel hat zu? Ganz einfach, weil das Recht auf Bildung höher ist, als das Recht auf Shopping.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Im Übrigen können Sie hier nicht so tun, als wäre das wieder ein bremischer Sonderweg, sondern der Bürgermeister hat es am Anfang gesagt, die Hälfte der Bundesländer macht es so, wie wir es machen und die andere Hälfte macht es anders. Hier ist die

Präsenzpflicht ausgesetzt. Was aber Bremen besonders macht, diesen Sonderweg, den Sie immer beschreiben: Bremen ist das einzige Bundesland, das bei der Digitalisierung im Augenblick auf Platz eins steht. Im Übrigen nicht wie Nordrhein-Westfalen mit der FDP-Bildungsministerin, die heute ein neues Online-Tool verkündet hat, damit die Lehrer mit einem Messenger untereinander kommunizieren können. Willkommen im 21. Jahrhundert, liebe FDP!

(Beifall SPD)

Zweitens: Bremen ist das einzige Bundesland, das allen Erzieherinnen und Erziehern, allen Lehrerinnen und Lehrern und allen Schülerinnen und Schülern einen Test angeboten hat, keinen Schnelltest, sondern einen PCR-Test.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Und wie viele haben teilgenommen? Von wie vielen?)

18 400 haben teilgenommen und das ist zumindest statistisch signifikant. Dass Sie heute Morgen statistisch nicht unbedingt den besten Ansatz gewählt haben, als Sie davon gesprochen haben, dass die höchste Infektionsquote in der Altersgruppe, wenn ich das richtig wiedergebe, von 15 bis 59 ist, so haben Sie es dargestellt und das finde ich schon abenteuerlich.

Wenn Sie auf die RKI-Zahlen schauen, dann werden Sie feststellen, dass dort differenziert ist zwischen null und vier, zwischen vier und acht, zwischen acht und zwölf, und so geht es im Vierjahresrhythmus weiter. Ihre Aussage hat einen statistischen Wert, da könnte ich auch sagen, die höchste Infektionszahl bewegt sich von null bis über 90, Herr Röwekamp.

Über Statistik zu reden – ja, 18 400 haben sich testen lassen und die 58 Infektionen sind immer noch 58 zu viele, aber das zeigt eben, dass hier nicht, wie von Ihnen angenommen, – –. Im Übrigen auch in den Herbstferien haben sich die Zahlen nicht so entwickelt, wie Sie sich das gedacht haben. Als die Schulen geschlossen waren, sind die Zahlen trotzdem hochgegangen. Jetzt, zur Weihnachtszeit, hat sich eben kein Superspreader-Event daraus ergeben. Daher ist hier Ihre Annahme, glaube ich, deutlich falsch.

Aber ich bleibe dabei, in der Pandemie zu sagen, dieser Weg ist richtig, dieser Weg ist falsch, wir werden es sehen. Ob die Halbgruppen dazu führen, mehr Kinder ins System zu bekommen, ob der Distanzunterricht an der einen oder anderen Stelle gut funktioniert oder nicht, werden die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker sicherlich auch noch diskutieren. Aber die Testungen jetzt, die Radar-

Testungen, die Maskenverteilung, das sind, glaube ich, alles Punkte, die auch die Opposition in diesem Land anerkennen darf und hier hilft es auch nicht, wenn Sie der Bildungssenatorin falsche Aussagen unterstellen. Das, was Sie hier zitiert haben, hat sie schlicht und einfach nicht gesagt und das finde ich nicht in Ordnung, dass Sie das hier so darstellen.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: In der „Nordsee-Zeitung“, im „Weser-Kurier“?)

Übrigens steht in Ihrem Antrag, ich habe mich da ein bisschen schwergetan, will das aber kurzfassen, dass Sie trotzdem auf der Seite zwei oben schreiben, Sie wollen jetzt alle ins Distanzlernen schicken und trotzdem schreiben Sie, ich zitiere: „Zudem steht außer Frage, dass auch während eines Lockdowns oder zu einem späteren Zeitpunkt bei einer Inzidenz von über 50 Unterricht stattfinden muss.“ Da frage ich mich, ist das jetzt nur ein Druckfehler, oder wo wollen Sie eigentlich wirklich hin? Wollen Sie, dass Unterricht stattfindet oder wollen Sie, dass kein Unterricht stattfindet?

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Unterricht sollte immer stattfinden!)

Ich glaube, das sollten Sie in diesem Antrag erst einmal plausibel darstellen.

Meine Damen und Herren, um noch einen Punkt aus dem CDU-Antrag aufzugreifen: Zur Impfkampagne habe ich etwas gesagt. Ich finde es auch nicht wirklich ehrlich von Ihnen, wenn Sie sagen, Sie wollen die Bevölkerung informieren und dann startet dieser Senat eine Impfkampagne, hat eine Vorlage in der Deputation – –.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Eine Stunde vor der Sitzung!)

Sie haben diese Vorlage zunächst zweimal aussetzen lassen, um sich dann bei der Beschlussfassung zu enthalten, das ist die Wahrheit, liebe CDU-Fraktion.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Nein, fang nicht an, jetzt hier Scheiße zu erzählen! Entschuldigung, aber das ist wirklich unter aller Sau!)

Sie können ja gern noch einmal darstellen, warum Sie sich bei der Vorlage enthalten haben, wenn Sie hier in Ihrem Antrag fordern, dass Bremen eine Impfkampagne starten soll. Das hat mit Glaubwürdigkeit wenig zu tun. Dann schreiben Sie so wunderbare Sachen hinein wie, die sofortige Auslieferung der eingehenden Impfdosen an Einrichtungen und Praxen.

Also was glauben Sie eigentlich? Glauben Sie, dass Frau Senatorin Bernhard erst einmal diese Dosen in

ihrem Hause im Keller aufbewahrt, sich die anschaut und vielleicht noch wartet. Natürlich werden die ausgeliefert, was ist denn das für eine Formulierung in diesem Antrag? Es hilft doch nicht, wenn Sie Dinge, die bereits geschehen und selbstverständlich sind, in einen Antrag hineinformulieren, damit wird doch der Verlauf dieser Pandemie nicht besser, die politische Diskussion wird nicht besser und ich hoffe, dass Sie da wieder zurückkommen auf das, was wir am Anfang hinbekommen haben, nämlich gemeinsam mit den demokratischen Parteien, interfraktionell, diese Pandemie zu bekämpfen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ein Wort vielleicht noch zu der FDP, zu Frau Wischhusen: Ich glaube, ich habe von Ihnen, nachdem ich das, was Sie in den letzten Wochen in den Medien von sich gegeben haben, von Polizeistaat bis hin zu Themen wie, jetzt müssen endlich die Luftfilter kommen, eigentlich ein größeres Feuerwerk erwartet. Ich glaube, Sie haben das Feuerwerksverbot sehr ernst genommen, denn das ist heute nicht passiert. Sie haben hier noch einmal das Homeoffice angeprangert, das hat der Kollege Herr Röwekamp auch, aber dass das gerade von Ihnen kommt – bei international agierenden Unternehmen, Axa-Konzern, Procter&Gamble, Unilever, dort ist Homeoffice schon seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Daher würde ich mich freuen, wenn Sie unseren Kurs auch unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch für eine Kurzintervention.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Herr Präsident! Ich möchte insbesondere für diejenigen, die dieser Debatte jetzt von außen folgen, einiges klarstellen. Wir als CDU-Fraktion haben von Anfang an den von Bund und Ländern gemeinsam verfolgten Kurs unterstützt. Das tun wir auch. Wir unterstützen auch alle Bemühungen hier in Bremen, die Pandemie zu bekämpfen. Wir unterstützen auch den jüngsten Vorschlag einer Taxilösung, um die Menschen, was die Impfbereitschaft angeht, zu stärken. Wir unterstützen da ganz Viele.

Wir unterstützen auch, dass die Gesundheitssenatorin die Bundeswehr einsetzt, übrigens erst seit dem 5. Oktober letzten Jahres, darauf haben wir vorher gedrängt. Wir unterstützen auch, dass man mit Sanktionen arbeitet, auch hier war Bremen eines der letzten Länder, das überhaupt Sanktionen

aufgegriffen hat. Wir haben uns aber deshalb enthalten, lieber Herr Fraktionsvorsitzender der SPD, weil man mit uns unredlich umgeht. Wir sind Arbeitnehmer als CDU-Deputierte.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Sie sind Arbeitnehmer?)

Wenn wir erst kurz vor einer Sitzung Ausgaben in Höhe von mehreren 100 000 Euro – –, dann können wir das nicht verantworten und deswegen wollen wir darüber erst einmal diskutieren. Das ist in der Presse nicht gut dargestellt worden. Die Vorsitzende der Gesundheitsdeputation hat mir zugesagt, weil das seit Monaten der Fall ist, wir bekommen immer erst kurz vor Toresschluss Informationen, dass das abgestellt wird. Das gehört aber nicht hier in das Parlament und es gehört auch nicht, finde ich, in eine Debatte eines Fraktionsvorsitzenden, dafür sind Sie viel zu hoch angesiedelt.

Aber noch einmal: Die CDU-Fraktion unterstützt wirklich alles, was hier das Impfen und die Impfbereitschaft zu stärken angeht. Aber Ihre wirklich aus dem Zusammenhang gerissenen Vorwürfe muss ich hier zurückweisen. Wir stehen an der Seite aller Bemühungen, die Pandemie zu bekämpfen und die Impfbereitschaft zu erhöhen. Und ich freue mich, dass es vielleicht bald auch ein Impfzentrum in Bremen-Nord gibt. – Danke!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige Bemerkungen noch in chronologischer Reihenfolge oder auch nicht ganz in chronologischer Reihenfolge.

Erst zum Thema Schultestungen: Da hatte ich einen kleinen Fauxpas begangen zu Anfang. Ich hatte vergessen darauf hinzuweisen, dass wir bei der Durchführung der Testungen dankenswerterweise von der Handelskammer und von bremischen Unternehmen deutlich Unterstützung bekommen hatten. So zum Beispiel auch von team neusta beim Testzentrum im Weserpark, ganz wichtig. Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch einmal ganz herzlich für dieses erneute Beispiel guten und kooperativen Zusammenwirkens bedanken. Das einmal als Nachtrag vorweg, weil ich das vorhin nicht gesagt hatte.

(Beifall SPD)

Zu den Testungen: Es ist klar, es gibt keine Testpflicht. Deshalb können solche Tests immer nur

Angebote sein. Man kann ja schlecht sagen, das ist die Verantwortung des Senats, wenn es nicht in vollem Umfang wahrgenommen wird. Nein, das bleibt natürlich die Entscheidung der Menschen, weil wir sie nicht zwingen können und nicht zwingen wollen, und trotzdem ist es natürlich ein ganz wichtiges Instrument. Wir haben auch gesagt, das soll jetzt nicht auf Null gefahren werden, sondern mit dem Stichwort „Radartestung“ wollen wir dieses Schutzinstrument weiterführen, um immer genau zu wissen, wie sich die Infektionslage entwickelt. Damit wir nicht von einer Entwicklung im Dunkelfeld überrascht werden, wollen wir dieses Instrument fortführen, weil wir es zur Bekämpfung der Pandemie und aus Gründen des Schutzes der Schülerinnen und Schüler und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für erforderlich halten. Das finde ich genau richtig, auch wenn wir das künftig auch weiterhin als freiwilliges und nicht als Zwangsangebot ausgestalten werden, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Zweite Bemerkung: Herr Röwekamp, Sie haben ja sozusagen als Vorwurf formuliert, „alles schließen Sie, aber die Schulen und Kindertagesstätten halten Sie offen“. Ich dachte, das wäre einmal die Grundlage des gemeinsamen Verständnisses gewesen, dass Schulen und Kitas als letztes geschlossen werden sollen, dass man sie am längsten soweit wie möglich aufrechterhält, weil es so zentral ist für den Bildungsgang, weil es aber auch so zentral ist für das Kindeswohl und weil es so zentral ist für die kindliche Entwicklung. Das war doch die Grundlage, dass wir gesagt haben: Ja, bestimmte Einschränkungen muss man machen, damit existenzielle Bereiche der Gesellschaft auch weiter funktionieren können. Deshalb verstehe ich den Vorwurf darin nicht; das ist verfassungsgeprägt und von der Sache her völlig richtig! Ja, Schulen und Kindertagesstätten sollen soweit wie möglich offenbleiben, sie sollen als letztes geschlossen werden. Wenn das Infektionsgeschehen es verlangt, muss da natürlich auch etwas gemacht werden und das machen wir. Aber dass es verfassungsrechtlich und von der Sache her Priorität hat, das sollte doch unser guter gemeinsamer demokratischer Konsens sein und bleiben.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Dritte Anmerkung: Lieber Herr Röwekamp, bitte nicht so selbstgerecht wie eben wieder, als ob die CDU die Weisheit mit Löffeln gefressen hätte. Ich erinnere mich an Vorträge im November hier, da wurde gesagt und auch in Anträgen beschrieben: Ab einer Inzidenz von 100 muss sofort in den Wechselunterricht mit Halbgruppen gewechselt werden.

Ab einer Inzidenz von 100. Heute steht darin, ab einer Inzidenz von 50. Nun ist klar, man kann schlauer werden, oder das Infektionsgeschehen kann sich verändern – obwohl, damals war es viel höher als heute. Trotzdem kann man die Gesamtlage anders einschätzen. Da wäre ich der Letzte, der nicht sagt, man kann seine Meinung ändern. Aber dann müsste man es doch einmal transparent nachvollziehbar machen, warum jetzt etwas völlig anderes gilt, viel höhere Anforderungen als damals mit einem viel höheren Infektionsgeschehen. Das kann ja sein, weil man sagt, die Bedrohung durch die Mutante ist so und anders, deshalb kommen wir jetzt zu einem anderen Punkt, jetzt kommen wir zu einer anderen Auffassung.

Wenn man sich aber so fundamental in seiner Position ändert, und etwas ganz anderes jetzt verkündet als man das vor einiger Zeit gemacht hat, dann sollte man doch zumindest insofern – ich verwende jetzt nicht das Wort „Demut“, sondern die Redewendung „den Ball flach halten“ –, indem man sagt, ja, so ist es eben, wir lernen alle dazu, wir ändern die Auffassung, wir stellen uns auf veränderte Lagen ein und vielleicht ist es sogar denkbar, dass unsere Auffassung sich auch in der Zukunft noch einmal ändern wird. Also etwas weniger Selbstgerechtigkeit in der ganzen Argumentation und Anerkennung, wie schwierig die Problematik ist. Ich komme dazu gleich noch im Detail.

Eine weitere Vorbemerkung: Mich hat das Menschenbild für eine Christdemokratische Partei schon ein bisschen verwundert. Diese Sache zu sagen, da können die Eltern doch nicht selbst entscheiden, das muss der Staat entscheiden. Das war so ein bisschen der Tenor. Die Senatorin für Soziales hat mich noch einmal auf das SGB VIII hingewiesen, das ganz am Anfang den Grundsatz formuliert: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Genauso ist es. Eltern können die Entscheidung treffen. Meine Damen und Herren, um das deutlich zu sagen, im Rahmen der Gesetze und der staatlichen Vorgaben ist es das Menschenbild des rotgrün-roten Senates, dass die Eltern in der Lage sind in diesem Land, auch verantwortlich darüber zu entscheiden, was ihre Kinder tun und was sie nicht tun und ob sie bei Aufhebung der Präsenzpflcht in die Schule gehen oder nicht. Wir haben jedenfalls auch Vertrauen in das verantwortliche Verhalten der Eltern, das ist unser Menschenbild, und ich glaube, man ist gut beraten, darauf auch zu setzen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich komme jetzt aber zur Praxis, weil ich dann doch noch einmal genauer in den Antrag hineingeschaut habe und mir noch einmal überlegt habe, was steht eigentlich unter der großen Überschrift, die Schulen sollen geschlossen werden, im Kleingedruckten? Da steht eigentlich bei den Ausnahmen für die Notbetreuung – weil darauf kommt es ja an – das haben wir jetzt schon so oft gepredigt, dass ich es hier noch einmal machen möchte: Wenn man sagt, die Schulen sind geschlossen, aber im ganz, ganz weiten Umfang Notbetreuung zulässt, dann landet man natürlich beim selben Zustand als würde man sagen, man hält die Schulen offen, man hebt aber die Präsenzpflicht auf und es kommt dann zu einer eingeschränkten Inanspruchnahme des Präsenzunterrichts. Dann konvergieren die beiden Modelle. Deshalb schauen wir doch einmal noch in das Kleingedruckte des CDU-Antrages zur Notbetreuung.

Wann soll die möglich sein? Die soll möglich sein, wenn nachgewiesen ist, dass im häuslichen Umfeld keine Betreuung stattfinden kann. Wir haben eben schon gehört, das ist auch bei Berufstätigkeit der Fall. Also Berufstätigkeit reicht, um einen Notbetreuungsanspruch zu begründen, aber es muss nachgewiesen werden. Da frage ich mich, wer soll das denn nachweisen? Muss man eine Bescheinigung vom Arbeitgeber einholen, dass nachweislich keine Betreuung zu Hause möglich ist? Oder muss das irgendeine staatliche Behörde machen? Große, große Frage.

Zweiter Punkt: Der Unterricht soll möglich sein, wenn nachweislich kein Distanzunterricht möglich ist, weil es keinen WLAN-Anschluss gibt, weil das Zimmer zu klein ist – aber wer soll das denn nachweisen? Soll da jetzt die Behörde eine Begehung machen und nachweislich bescheinigen, dass ein Distanzunterricht nicht möglich ist?

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Herr Lauterbach hätte das gemacht!)

Dann kommt mein Lieblingsbeispiel: Wenn schulinterne Erkenntnisse vorliegen, dass der Distanzunterricht nicht gut ist, sondern Präsenzunterricht angesagt ist, dann soll der auch möglich sein. Jetzt haben Sie gesagt, es sollen nicht die Schulen entscheiden, sondern die Politik; aber wie soll denn die Politik darüber entscheiden, ob schulinterne Erkenntnisse darüber vorliegen, ob ein Schüler in den Präsenzunterricht gehen soll? Das ist doch ein bürokratischer Albtraum, was da aufgemacht wird.

(Beifall SPD)

Wenn man sich diese Beispiele anschaut, dann muss man sagen, das hat mit Verwaltungspraxis

nichts zu tun. Da wird praktisch jeder Fall unter dem Anspruch auf Notbetreuung erfasst, aber es müssen immer irgendwelche Bescheinigungen vorgelegt werden. Ich bin so froh, dass Sie nicht an der Regierung sind und dieses Modell umgesetzt werden müsste, da wäre wirklich das Chaos vorprogrammiert,

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Wie in allen anderen Ländern!)

das muss man hier einmal ganz deutlich sagen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Prof. Dr. Hauke Hiltz.

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hiltz (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil doch ein bisschen Unklarheit besteht, was eigentlich der richtige Weg ist und wie wir zum Thema Schulöffnung stehen. Wir sind in einem Punkt klar der Meinung der CDU. Es kann nicht sein, dass die Eltern entscheiden, ob Schüler zur Schule gehen oder nicht. Wir sind, anders als Sie das gerade gesagt haben, Herr Dr. Bovenschulte, sehr wohl der Meinung, dass der Staat entscheiden sollte, wann Schulpflicht ist und wann nicht. Das ist auch immer so gewesen

(Beifall FDP)

bis zum 15. Dezember letzten Jahres und das war damals der falsche Weg und man sollte von diesem Weg abkehren. Denn in der Präsenz, die wir sehen, wenn Sie mit Lehrern sprechen, dann sind es oft diejenigen Kinder mit Förderbedarf, diejenigen Kinder, bei denen die Elternhäuser vielleicht nicht das leisten können, was wir uns alle wünschen würden – . Das sind diejenigen, die nicht zur Schule kommen. Im Dezember war es in Bremerhaven in der Altwulsdorfer Schule – für diejenigen, die Wulsdorf nicht so kennen: Einfamilienhausgebiet – eine Präsenz von 45 Prozent, in der Astrid-Lindgren-Schule Lehe waren es – dort sind 80 Prozent der Kinder, aus Hartz-IV-Familien – waren es fünf Prozent Teilnahme am Präsenzunterricht.

Hier wird deutlich, dass gerade da ein Problem liegt. Wir wollen doch die Unabhängigkeit vom Elternhaus erreichen bei den Bildungschancen. Deswegen ist es so wichtig, dass klar definiert wird, wann ist Schulpflicht und wann nicht. Ja, die Eltern können sehr viel über ihre Kinder entscheiden, was gut ist und was nicht gut ist. Aber es ist aus gutem Grunde festgelegt, dass der Staat die Schulpflicht

festgelegt hat und so sollte es auch in Krisenzeiten bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP)

Wo wir uns unterscheiden von der CDU ist bei der Frage nach dem Distanzunterricht. Nein, wir sind nicht der Meinung, dass wir jetzt die nächsten Wochen bis zum 14. Februar in Distanzunterricht ausschließlich gehen sollten, sondern wir sind der Meinung, dass es hier einen verbindlichen Mix aus Präsenzunterricht in Halbgruppen und Distanzunterricht geben sollte. Denn es ist wichtig und alle Studien zeigen, dass die Lernerfolge im Präsenzunterricht doch immer noch besser sind als im Distanzunterricht. Wenn wir zu verbindlichen Halbgruppenregelungen kommen würden, dann hätten wir wirklich etwas gewonnen, dann würde hier die Unterrichtsqualität einen deutlichen Schritt vorankommen. Durch dieses Hin und Her können sich die Lehrer nicht richtig einstellen auf den Unterricht. Sie wissen ja gar nicht, wer morgen zum Unterricht kommt und wer nicht.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das fragen die Schulen ab!)

Das fragen die Schulen morgens um 7.30 Uhr ab.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Nein, das fragen sie öffentlich für den Zeitraum von zwei Wochen ab!)

Ja, Herr Güngör, Sie wissen doch selbst, dass das so nicht funktioniert. Sie haben ja auch gar keine Rechtsverbindlichkeit, dass diese Abfrage von den Schulen über den Zeitraum, den Sie sagen, dann auch tatsächlich verbindlich eingehalten wird. Nein, die haben Sie nicht mit Ihren Regelungen.

Unsere Sicht: Verbindlichen Präsenzunterricht in Halbgruppen gepaart mit verbindlichem Distanzunterricht, damit Verlässlichkeit gewährleistet wird, und wenn es nach uns geht, bis zu den Osterferien in einem Verbund, damit wir nicht immer wechselnde Möglichkeiten entsprechend haben.

Letzte Bemerkung zu Ihren Tests, die Sie hier durchgeführt haben. Zweieinhalb Millionen sollten die kosten, ich weiß nicht, es haben sich ja nicht so viele beteiligt, es ist also wahrscheinlich ein bisschen günstiger geworden. Ich frage mich, welche Kenntnis Sie tatsächlich gewonnen haben aus diesen Tests. Es sind Menschen dorthin gegangen, freiwillig, haben sich testen lassen, Sie haben die Zahlen genannt, 0,3 Prozent waren positiv getestet zu dem Moment, an dem Sie getestet haben.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ja, was glauben Sie, warum wir in den Pflegeheimen vorher testen?)

Was können Sie mit diesen Zahlen anfangen?

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Warum testen wir vor der Reise, warum testen wir nach der Reise?)

Weil in dem Moment Leute reisen. Aber wenn Sie Tests machen am 7. Januar und die Kinder dann vielleicht am 14. Januar das erste Mal in der Schule sind, können Sie mit diesem Testergebnis überhaupt gar nichts anfangen.

(Beifall FDP, CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Sie können sich auch fünf Minuten später anstecken!)

Richtig ist, Herr Güngör, richtig ist, dass Sie jetzt auch endlich hier in Bremen dazu übergehen, Radartestungen zu machen. Das ist etwas, auf dem Sie aufbauen können. Das gibt Ihnen Erkenntnisse darüber, wie das Infektionsgeschehen in Schulen geht. Eine einmalige Testung von 18 000 Personen, unabhängig davon, wann sie nun tatsächlich in die Schule kommen und wann nicht, ist völlig ohne Erkenntnisgewinn. Und das war deswegen der falsche Weg. Richtig ist, und das unterstützen wir, dass Sie endlich, dem Beispiel auch, das muss man sagen, was in Bremerhaven nach dem Sommer eingeführt worden ist, Radartestungen in den Schulen, um zu schauen, wie das Infektionsgeschehen ist. Das auch hier in Bremen einzuführen, das unterstützen wir.

Zusammengefasst: Wir halten es für richtig, wenn weiterhin die Schulpflicht uneingeschränkt gilt und vom Staat festgelegt wird, aber im Wechselmodell aus Präsenz- und Distanzunterricht. Damit können Sie Bildungsqualität auch in Krisenzeiten gewährleisten. – Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer [20/786](#) der FDP-Fraktion abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F., Abgeordneter Jan Timke [BIW], Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Ich lasse nun darüber abstimmen, ob die Bürgerschaft (Landtag) einen weiteren Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Fünften Änderungsverordnung der 23. Coronaverordnung sieht.

Wer seine Zustimmung möchte, dass kein weiterer Aufhebungs- oder Änderungsbedarf besteht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Peter Beck [AfD], Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen weiteren Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Fünften Änderungsverordnung der 23. Coronaverordnung sieht.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Coronapandemie konsequenter bekämpfen, Kontakte verringern, Gesundheitswesen stärken

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. Januar 2021

(Drucksache [20/782](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Jürgewitz.

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Röwekamp, wenn das aus meiner Rede, die erste Hälfte, wo ich überwiegend aus der Presse zitiert habe, schon Verschwörungstheorien waren, dann steht uns einiges bevor, wenn Sie irgendwann unsere Interessen im Bundestag vertreten.

Das heißt, wir werden weitere Freiheitseinschränkungen erleben, so wie das im Moment schon der Fall ist.

Zurück zum Thema: Die AfD, ich sagte es vorhin, fordert: Schluss mit dieser Lockdown-Politik der Bundes- und Landesregierungen. Im Einzelnen: Die erhobenen wissenschaftlichen Zahlen haben bewiesen, dass der erste, zweite, dritte, vierte Lockdown vulnerablen Gruppen keinen Schutz bietet, nachfolgende Generationen mit kaum bezahlbaren Schulden belastet und ganze Wirtschaftszweige irreparabel schädigt.

Die AfD fordert deshalb für alle Einrichtungen und Betriebe des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, in denen die Hygieneregeln seit Monaten umgesetzt werden, die sofortige Öffnung. Noch fortbestehende Maßnahmen sind ständig zu überprüfen, vorab den Parlamenten vorzulegen, gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben.

Die aktuellen Bestimmungen über zu öffnende und zu schließende Einrichtungen folgen einer nachvollziehbaren Logik des Infektionsschutzes. Daher fordern wir die unverzügliche Öffnung von Hotels, Pensionen, gastronomischen Einrichtungen und Veranstaltungsstätten, Einrichtungen des Einzel- und Fachhandels, Dienstleistungsgeschäften und Unternehmen, Einrichtungen des religiösen Lebens sowie der Gotteshäuser, von Theatern, Opern, Konzerthäusern, Museen, Galerien, Ausstellungen, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen, der Bildungseinrichtungen, der Sportvereine, Sportstätten sowie Fitness- und Kosmetikstudios, allen Dienstleistungsbetrieben der Körperpflege, der Zoos und Tierparks, sofern diese die Einhaltung der Hygienevorschriften jederzeit gewährleisten können, wovon wir ausgehen.

Ferner haben die Bundes- und Landesregierungen dafür zu sorgen, dass die notwendigen Hilfszahlungen schnell sowie unbürokratisch geleistet werden und auch beim entsprechenden Empfänger ankommen.

Wir wollen vulnerable Gruppen wirkungsvoll schützen. Vor allem ältere und besonders gefährdete Menschen gehören in den Fokus der Schutzmaßnahmen. Wir fordern bestimmte Einkaufszeiten für Ältere und Vorerkrankte im Lebensmittel- und Einzelhandel, damit sich diese Bürger keinem erhöhten Risiko einer Erkrankung aussetzen müssen. Für Fitnessstudios, Friseure, Kosmetikstudios und weitere Einrichtungen der Körperpflege sollen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung ebenso gesonderte Zeiten für die genannten Gruppen gelten.

Darüber hinaus müssen die verletzlichen Gruppen vor überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln geschützt werden. Eine Möglichkeit sind Taxigutscheine, die ja nun, zum Glück, hier eingeführt werden, die den vulnerablen Gruppen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Ebenso fordern wir Investitionen in den Bus- und Bahnverkehr, damit die zuständigen Betriebe täglich mehr Transportmittel und Fahrpersonal aufstellen können und sich der An- und Abreiseweg in die Städte entzerrt.

Besonderer Schutz muss Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen und Personen in häuslicher Pflege zukommen. Dies kann unter anderem durch eine Ausweitung der Testmöglichkeiten geschehen.

Die AfD fordert, das Demokratiedefizit unverzüglich zu beheben. Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, sämtliche unverhältnismäßigen Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Coronamaßnahmen sofort zu beenden.

Die AfD fordert ferner: Impfen muss freiwillig sein. Eine direkte oder indirekte Impfpflicht lehnen wir entschieden ab. Wir lehnen sogenannte Privilegien für Geimpfte sowie eine Benachteiligung von Nichtgeimpften ab. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft. Die Grundrechte stehen allen Bürgern dieses Landes zu.

Bei der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung darf sich die Bundesregierung nicht allein auf die EU und internationale Impfstoffkooperationen verlassen. Gesundheitsschutz und -prävention sind zunächst nationale Angelegenheiten und nicht die einer gescheiterten Verteidigungsministerin und offensichtlich kopflosen EU-Präsidentin, wie uns das nun von dort vorgeführt wurde.

Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Produkten in Krisenzeiten ist jedenfalls jederzeit und unverzüglich durch vorausschauende Planungen und Bevorratung durch die deutschen Behörden sicherzustellen. Nationale Interessen müssen bei der Förderung von Forschung und Entwicklung wieder stärker berücksichtigt werden, um immer zeitnah eine ausreichende Menge an Impfstoffen und Medikamenten zur Verfügung zu haben.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich hätte es als niveaulos bezeichnet. – Glocke)

Impfungen sind nur eine Möglichkeit Viren zu bekämpfen, wir unterstützen darüber hinaus die Erforschung einer geeigneten medikamentösen Behandlung, wie sie selbst in anderen Ländern wie

Kirgisistan, wie mir persönlich berichtet wurde, erfolgreich angewendet wird.

Für Bürger, die sich freiwillig impfen lassen wollen, muss die Bundesregierung ausreichend Impfstoff zur Verfügung stellen. Die Risiken und Nebenwirkungen einer Impfung und auch deren Wirksamkeit müssen transparent und ausführlich dargestellt werden.

(Glocke)

Darum noch einmal der Appell, beenden Sie den unverhältnismäßigen Dauer-Lockdown für alle und sorgen Sie für den umfassenden Schutz aller vulnerablen Gruppen. Lassen Sie nicht weiter zu, dass Deutschland und seine Menschen dem wirtschaftlichen Ruin entgegengehen und geben Sie die Grundrechte zurück. – Danke, Herr Präsident, dass ich das noch ausführen durfte.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Ich lasse zunächst über die Ziffern 1, bis 4, 5b, 6b bis 6e, 7a bis 7c und 8 des Antrages abstimmen. Wer diesen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD], Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die genannten Ziffern ab.

Ich lasse jetzt über die Ziffern 5a, 5c, 5d und 5e des Antrags abstimmen. Wer diesen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD], Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 5a, 5c, 5d und 5e des Antrages ab.

Zum Schluss lasse ich über die Ziffer 6a des Antrags abstimmen. Wer der Ziffer 6a seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD], Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Peter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 6a des Antrages ab.

**Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von
Coronaverordnungen – Dritte und Vierte Änderung
der 23. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungs-
ausschusses
vom 21. Januar 2021
(Drucksache [20/784](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsausschusses Kenntnis.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen und ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit! Ich schließe die Sitzung und freue mich, Sie in der nächsten Woche hier wiederzusehen.

(Schluss der Sitzung 13:24 Uhr)